Inhaltsverzeichnis für „Ostland“, Jahrgang 1936

(Mit * bedeutet Aufsatz.)

Deutschland und die polnische Außenpolitik

Neues aus Polen

Das Deutschtum in Polen





Die Polen in Deutschland

Ukrainer, Weißrussen, Litauer in Polen

Tschecho-Slowakei

Danzig

Die Judenfrage in Polen

Der deutsche Osten

Polnische Innenpolitik

Litauen und Memelgebiet

Lettland und Estland

Ostland

Halbmonatsschrift für den gesamten Osten

Verlag Bund Deutscher Osten E. V., Berlin W 30, Motzstraße 46. Fernruf B 5, Barbarossa 0914.
Postscheckkonto Berlin 65839 — Verantwortl. für die Schriftleitung: Dr. Otto Kredel, Bln.-Friedenau, Illstr. 2
Druck: Druckhaus Spandau, Inh. Rudolf Schmidt, Seegefelder Str. 35 — Erscheint monatl. zweimal. — Postbezug vierteljährlich RM. 0,90 — Einzelnummer RM. 0,20 und RM. 0,05 Postgebühr. — Anzeigenpreisliste 2 — I. v. W. g.

Nr. 1 | Berlin, den 1. Januar 1936 | 17. Jahrgang

Polnische Politik an der Jahreswende

In den Beziehungen zwischen Deutschland und Polen wurde während des vergangenen Jahres nur *auf wirtschaftlichem Gebiet* ein wesentlicher Fortschritt erzielt: Der Wirtschaftsvertrag vom 4. November machte dem unbefriedigenden handelspolitischen Schwebezustand ein Ende, der mit dem Zollfriedensprotokoll vom März 1934 begonnen und im Kompensationsabkommen vom Oktober desselben Jahres fortgeführt worden war. Den mannigfachen Versuchen eines Ausbaus der deutsch-polnischen Beziehungen *auf kulturellem Gebiet* dagegen wird man zunächst keine allzu große Bedeutung beimessen können: Es seien hier nur erwähnt das Deutsch-polnische Institut an der Berliner Lessing-Hochschule, die deutsche Beteiligung an der Straßenbauausstellung in Warschau, der Abschluß eines deutsch-polnischen studentischen Arbeitsabkommens, die Veranstaltung deutsch-polnischer Austauschsendungen im Rundfunk, die Vereinbarung der Spitzenorganisationen des Handwerks beider Länder, die Anfänge einer deutsch-polnischen Zusammenarbeit auf filmischem Gebiet usw. Man darf hierbei die *inneren Hemmungen* nicht übersehen, mit denen weite Teile der polnischen Oeffentlichkeit (vor allem der polnischen Intelligenz) derartige Versuche einer kulturellen Annäherung zwischen Deutschland und Polen betrachten. Sie sehen in einer solchen Annäherung eine Gefahr für die polnische Selbständigkeit und halten es daher für besser, sich ihre Kultur bei allen anderen Völkern, nur nicht bei den Deutschen zu holen. Sie glauben aus der Geschichte entnehmen zu können, daß die Zeiten, in denen sich Polen dem deutschen Kultureinfluß gegenüber aufgeschlossen verhielt, immer Zeiten des staatlichen Niedergangs waren.

Der Widerstand der regierenden Kreise gegen die außenpolitischen Anschauungen der grundsätzlich deutschfeindlich eingestellten oppositionellen Parteien ist schwächer geworden, seitdem diesen Kreisen der moralische Rückhalt an der Persönlichkeit des Marschalls genommen wurde. Wenn sich diese Schwächung nicht in einer deutlichen Aenderung des mit dem Gewaltverzichtspakt vom Januar 1934 eingeschlagenen Kurses bemerkbar gemacht hat, so deshalb, weil sich *der polnischen Außenpolitik in der von Deutschland abgewendeten Richtung nur geringe Entwicklungsaussichten bieten*. Im Verhältnis zu *Litauen* hat Polen trotz mehrmals lebhafter werdender Kulissenarbeit keine Fortschritte zu erzielen vermocht. Die Zusammenarbeit der *baltischen Staaten*, die seit dem Rigaer Pakt schrittweise ausgebaut worden ist, hat die Pläne einer polnischen Hegemonie im Nordosten, die ohnehin auf den entschiedenen Widerstand Moskaus gestoßen wären, vereitelt. Von einem polnischen Führungsanspruch gegenüber *Rumänien*, den Warschau früher einmal meinte erheben zu dürfen, ist schon lange nicht mehr die Rede, seitdem Bukarest begonnen hat, Brücken über den Dnjestr zu bauen, und damit die Voraussetzung der gemeinsamen Front gegen Moskau hinfällig geworden ist, auf der seinerzeit das polnisch-rumänische Bündnis aufgebaut worden war. Im Verhältnis zur *Tschechei* ist es in letzter Zeit zwar gelungen, den akuten Konfliktsstoff der Teschener Frage aus dem Wege zu räumen. An der latenten Möglichkeit neuer und schärferer Konflikte zwischen Warschau und Prag aber hat sich durch das derzeitige Einlenken der beiden Parteien durchaus nichts geändert: Die Tschechei drückt als militärischer Verbündeter und politischer Wahlverwandter der Sowjets auf Polens ukrainische Flanke und macht dadurch die Beschäftigung mit der slowakischen Frage für Polen zu einem Akt berechtigter Notwehr. Wie in den Hauptstädten Ostmitteleuropas, so auch in Paris und Brüssel, selbst in Stockholm und nicht zuletzt auch in Genf: überall stoßen die Bemühungen Polens, unter Absetzung von Deutschland mehr Spielraum für seine Außenpolitik zu gewinnen, auf das durch die Wucht seiner Masse überlegene *Gegenspiel Moskaus*. Entweder begegnet Polen regionalen Zusammenschlüssen, die, wie der Pakt der baltischen Länder, dazu bestimmt sind, dem Führungsanspruch größerer Staaten, also auch Polens, entgegenzuwirken; oder es trifft, wie in Prag und Paris, auf politische Kombinationen, in deren Rahmen es, falls es ihnen beitreten sollte, neben den größeren Partnern nur eine untergeordnete Rolle zu spielen vermöchte; oder es findet, wie in Kauen und Bukarest, den Platz, den es dort selber einnehmen möchte, bereits anderweitig besetzt.

Alles in allem hat die polnische Außenpolitik im vergangenen Jahre keine besondere Aktivität zu entfalten vermocht. Sie mußte sich in der Hauptsache darauf beschränken, die Position zu behaupten, die ihr im Jahre zuvor der Pakt mit Deutschland eingetragen hatte. In dem großen Schauspiel, das mit dem Ausbruch des *ostafrikanischen Krieges* auf der politischen Bühne Europas abzurollen begann, blieb *Polen auf eine untergeordnete Rolle beschränkt*. Es war als Mitglied des Völkerbundes weder imstande, in der Sanktionsfrage dem deutschen Beispiel zu folgen, noch war es fähig, sich ähnlich wie Oesterreich und Ungarn in dieser heiklen Frage dem englischen Druck zu entziehen. Seine Vermittlungsversuche wurden wenig beachtet, und bei den Verhandlungen, die während der letzten Monate zwischen London, Paris und Rom geführt wurden, war seine Meinung ohne Belang. Polen wurde in eine Auseinandersetzung verwickelt, auf deren Gang es keinen Einfluß besitzt.

Die polnischen Oppositionsparteien behaupten, daß die Verknappung des außenpolitischen Spielraums für Polen eine Folge der deutsch-polnischen Annäherung sei. Aber es ist doch sehr wenig wahrscheinlich, daß die unentwegten Verfechter der „kollektiven Sicherheit“ in Paris, Moskau, Prag usw. ihre eigenen politischen Interessensphären zugunsten Polens einschränken würden, falls dieses sich etwa bereit finden sollte, sich den Wünschen seiner aufdringlichen „Freunde“ zu fügen. Diese würden Polen in einem solchen Falle lediglich zu einem möglichst schroffen Verhalten gegenüber Deutschland ermuntern, — mit dem Erfolg, daß Polen in eine um so größere Abhängigkeit von seinen „Freunden“ geriete. Entgegen der Ansicht der Oppositionsparteien wird man feststellen können, daß *der Pakt mit Deutschland der polnischen Politik das unter den gegebenen Verhältnissen mögliche Höchstmaß von Selbständigkeit und Bewegungsfreiheit gewährt* und daß dieser Pakt ganz gewiß mehr als jede politische Kombination, an der die Ideenträger der bolschewistischen Revolte beteiligt sind, geeignet erscheint, das noch im Aufbau befindliche polnische Staatswesen vor dem Unglück einer gewaltsamen Auseinandersetzung mit irgendeinem seiner Nachbarn zu schützen.

Dr. K.

Episoden aus dem Ukrainer-Prozeß

Der am 18. November begonnene Prozeß gegen die des Mordes an dem polnischen Innenminister Pieracki angeklagten zwölf Ukrainer war bis zum Beginn der Weihnachtsferien soweit gediehen, daß am 27. Dezember mit den Plaidoyers der Staatsanwälte begonnen werden konnte. Es waren fast 150 Zeugen vorgeladen. Unter den Angeklagten befinden sich zwei Frauen, ein Diplomingenieur und ein Rechtsanwaltsanwärter; die übrigen sind Studenten. Die Verteidigung hatten vier ukrainische Rechtsanwälte übernommen; zwei der bekanntesten ukrainischen Verteidiger, Starosolskyj und Schuhewytsch, wurden von der Staatsanwaltschaft als Zeugen vorgeladen und auf diese Weise an der Vertretung der in diesem Prozeß Angeklagten verhindert. Nach den Feststellungen der Anklageschrift ist es dem eigentlichen Attentäter, Grzegorz Maciejko, der den Minister erschossen haben soll, gelungen, ins Ausland (nach der Tschechei) zu entfliehen. Dem Hauptangeklagten Stefan Bandera wird vorgeworfen, als Landesleiter der Ukrainischen Nationalistischen Organisation (OUN) Macejko den Befehl zur Ausführung des Attentates gegeben, die notwendigen Gelder beschafft und die Waffen geliefert zu haben. Zwei andere Angeklagte, Mikolaj Lebedj und Daria Hnatniwska, die als außerordentliche Schönheit gerühmte Tochter eines bekannten Aktivisten der OUN, werden beschuldigt, den Mord an Ort und Stelle durch „Beschattung" des Ministers usw., vorbereitet zu haben. Zwei weitere, Jaroslaw Karpenecj und Klymyschyn, stehen unter der Anklage, in Krakau ein Sprengstofflaboratorium der OUN, aus dem auch die nicht verwendete, aber später aufgefundene Bombe des Attentäters stammte, geleitet zu haben. Die übrigen Angeklagten, Pidhajnyj, Maljuca, Tschornyj, Katschmarskyj, Myhal, Rak und Sarycka, werden beschuldigt, auf andere Weise an der Vorbereitung des Attentates mitgewirkt oder den Haupttätern zur Flucht verholfen zu haben. Einige der Angeschuldigten haben früher schon mit den polnischen Gerichten zu tun gehabt. Katschmarskyj z. B. wurde 1928 wegen eines ihm zur Last gelegten Anschlages auf ein Postamt zu einer fünfjährigen Freiheitsstrafe verurteilt.

Die Vernehmung der Angeklagten gestaltete sich äußerst schwierig. Das Gericht stellte sich nach Maßgabe der polnischen Gesetzgebung auf den Standpunkt, daß die Angeklagten der polnischen Sprache in ausreichendem Maße mächtig seien, und daß es ihnen deshalb nicht erlaubt sei, ihre Aussagen in ukrainischer Sprache zu machen. Bis auf zwei, Myhal und Maljuca, lehnten es die Angeklagten jedoch ab, sich der polnischen Sprache zu bedienen. Wegen der Sprachenfrage kam es wiederholt zu heftigen Zusammenstößen im Gerichtssaal. Das Gericht nahm die Aussagen, die die Angeklagten in ukrainischer Sprache zu machen versuchten, nicht zur Kenntnis. Es beschränkte sich in diesen Fällen darauf, die vor dem Untersuchungsrichter gemachten Aussagen der Angeklagten zu verlesen. Mehrmals wurden Angeklagte oder ukrainische Zeugen, die aus der Untersuchungshaft vorgeführt wurden, von ihrer polizeilichen Bedeckung mit Gewalt aus dem Saale geführt oder zu Haft in der Dunkelzelle verurteilt, weil sie sich trotz des Verbotes der ukrainischen Sprache bedienten oder ihre Verachtung für Polen auf andere Weise demonstrierten. So geschah es z. B. einer ukrainischen Zeugin, die beim Betreten des Gerichtssaales die Angeklagten mit erhobenem Arm mit dem Ruf „Slawa Ukrainie!" („Heil Ukraine!") begrüßte, oder einem anderen ukrainischen Zeugen, der feststellte, daß die seine Volksgenossen belastenden Aussagen in der Voruntersuchung durch polizeiliche Torturen erzwungen worden seien, und daß er sich schäme, so schwach gewesen zu sein und solche schändlichen Aussagen gemacht zu haben. Uebrigens waren wohl auch die Angeklagten während ihrer bisherigen anderthalbjährigen Untersuchungshaft nicht auf Rosen gebettet. Die Verteidigung beschwerte sich darüber, daß einige Angeklagte, so insbesondere Lebedj, über ein Jahr lang gefesselt im Gefängnis gesessen haben. Der Staatsanwalt erklärte diese einigermaßen bemerkenswerte Tatsache damit, daß die Terroristen, die wohl wüßten, welche Strafen ihnen drohten, durch die Fesselung davor bewahrt werden sollten, selber Hand an sich zu legen.

Wie erwähnt, sagten vor Gericht nur zwei der Angeklagten in polnischer Sprache aus. Der erste war Myhal. Er gab an, von Ende 1930 oder Anfang 1931 der OUN angehört und in ihr zunächst Pressereferent für die Stadt, dann für den Bezirk Lemberg und später Propagandaleiter für Ostgalizien gewesen zu sein. Im Juni 1932 sei er verhaftet worden und habe (ohne Urteil) ein Jahr lang im Gefängnis gesessen. Nach seiner Entlassung sei er für die OUN als Kundschafter tätig gewesen. Als solcher habe er den sowjetrussischen Konsul in Lemberg „beschattet" und das gegen diesen gerichtete Attentat vorbereitet, dem jedoch infolge einer Verwechslung ein Konsulatsbeamter und ein Amtsdiener zum Opfer fielen, während der Konsul selber heil davonkam. Er sei auch an den Vorbereitungen zu dem Attentat auf Professor Kruszelnicki, den Redakteur des Lemberger „Nowe Sowjety", und an der Vorbereitung des nicht zur Ausführung gelangten Attentates auf den Kommandanten der Lemberger Gefängniswache, Kossobudzki, beteiligt gewesen. Er habe weiter den Spitzel Baczynski erschossen und den Befehl zur Erschießung des Direktors Balija, eines des Volksverrates verdächtigen Ukrainers, gegeben. Auch über den nicht durchgeführten Plan eines Attentates auf den Wojewoden von Wolhynien, Jozewski, machte Myhal einige Aussagen. An der Ermordung Pierackis sei er nicht beteiligt gewesen. Myhal belastete durch seine Aussagen eine Reihe seiner Mitangeklagten. Er erklärte zum Schluß, daß er vor Gericht zwar polnisch spreche, nichtsdestoweniger aber ukrainisch fühle. Er sei kein Freund der Polen und sei, da er, in der irrigen Annahme, einen Volksverräter vor sich zu haben, die Waffe auch gegen einen Ukrainer erhoben habe, bereit, am Galgen zu sterben. Der zweite Angeklagte, der sich bereit erklärte, polnisch auszusagen, Maljuca, machte Mitteilungen über die Organisation und Arbeitsweise der OUN, erzählte, daß von deren Kundschaftern u. a. auch der ehemalige Ministerpräsident Jendrzejewicz und der Justizminister Michalowski beobachtet worden seien, berichtete, daß er den Attentäter Maciejko über die Grenze gebracht habe, und belastete gleichfalls seine Mitangeklagten. Was von den Aussagen dieser beiden Angeklagten zu halten ist, wird man vielleicht aus den ihnen im Urteil zugemessenen Strafen ablesen können.

Mehrere Male war während der Zeugenvernehmung von der Möglichkeit die Rede, daß als Mörder des Ministers auch die polnischen Nationalradikalen in Betracht kommen könnten. Zwischen diesen und Pieracki bestand gerade damals im Anschluß an größere judenfeindliche Kundgebungen in Warschau, die u. a. das Verbot der nationalradikalen „Sztafeta" zur Folge hatten, ein äußerst gespanntes Verhältnis. Wie der als Zeuge vernommene Polizeiinspektor Piatkiewicz mitteilte, sind mehrere Mitglieder der Regierung, die sich unmittelbar nach dem Attentat an der Leiche des Ministers einfanden, zunächst der Ansicht gewesen, daß der Mord ein Werk des Nationalradikalen Lagers gewesen sei. Er, der Polizeiinspektor, aber sei von Anfang an der Ueberzeugung gewesen, daß nur ukrainische Terroristen als Täter in Frage kommen könnten. Zum Beweise führte er u. a. an, daß, wenn Nationalradikale die Tat begangen hätten, die später aufgefundene Bombe sehr wahrscheinlich in eine jüdische Zeitung eingewickelt gewesen wäre und der gleichfalls gefundene Hut aus einem jüdischen Geschäft gestammt hätte, — da die Nationaldemokraten in diesem Falle daran interessiert gewesen wären, den Verdacht auf die Juden abzulenken!

Die Verteidiger der Angeklagten versuchten mehrfach, die Möglichkeit einer Beteiligung des Nationalradikalen Lagers in Erwägung zu ziehen. Das Gericht unterband

ihnen jedoch jedesmal die Gelegenheit, den Zeugenaussagen eine solche Richtung zu geben, da es darin den unzulässigen Versuch erblickte, die Aufmerksamkeit von den wirklichen Tätern — womit es die Ukrainer meinte — abzulenken! Mit dieser Begründung entzog das Gericht den Verteidigern z. B. das Wort, als diese an den als Zeugen vernommenen Sekretär des Innenministeriums, Stawicki, einige an den ehemaligen Führer des Nationalradikalen Lagers, Dr. Mosdorff, betreffende Fragen richten wollten. Stawicki berichtete, Dr. Mosdorff habe an dem kritischen Tage, eine Stunde vor der Ermordung des Ministers, im Innenministerium angerufen und um eine dringende Audienz bei Pieracki gebeten. Als ihm erklärt wurde, daß der Minister beschäftigt sei und ihn erst in den nächsten Tagen empfangen könne, habe er geantwortet, daß es dann vielleicht zu spät sein könnte. Die Frage dieses geheimnisvollen Ferngespräches wurde am nächsten Tage von Dr. Mosdorff selber aufgeklärt, der sich ganz unerwartet dem Gericht stellte, nachdem er sich bis dahin seit dem Tage des Ministermordes verborgen gehalten hatte. Dr. Mosdorff erklärte: Er habe damals Pieracki unbedingt persönlich sprechen wollen, um diesen zu der von ihm für sehr dringlich gehalten Aufhebung des Verbotes der „Sztafeta" zu bestimmen. Als er die Nachricht von der Ermordung des Ministers erhielt, habe er sofort gedacht, daß sich wegen dieses Ferngesprächs der Verdacht vielleicht auf ihn lenken könne. Tatsächlich habe ihn die Polizei auch drei Tage lang in seiner Wohnung erwartet. Er sei mit seinen Freunden überein gekommen, um der zu erwartenden Untersuchungshaft oder Verschickung nach Bereza Kartuska zu entgehen, sich verborgen zu halten; er sei aufs Land gefahren, nach einem halben Jahre aber wieder nach Warschau zurückgekehrt. In letzter Zeit habe er sich sogar öffentlich gezeigt. Das Gerücht, daß er ins Ausland geflohen sei, sei nicht wahr. Aus dem politischen Leben habe er sich zurückgezogen; gegenwärtig schreibe er ein Buch. In der Zeitung habe er gelesen, was im Prozeß über ihn gesagt worden sei. Da habe er es für richtig gehalten, sich dem Gericht zu stellen. — Dr. Mosdorff wurde nicht verhaftet.

In der Anklageschrift spielte die Darstellung der Beziehungen, die die OUN zu ausländischen Stellen unterhielt oder auch noch unterhält, eine erhebliche Rolle. Während die oppositionelle polnische Presse in mehr oder weniger deutlichen Anspielungen auf die Tätigkeit der in Deutschland lebenden Ukrainer einging, beschäftigte sich die Regierungspresse vorwiegend mit den Mitteilungen der Anklageschrift über die Verbindungen der OUN nach Kauen und Prag. Dem ehemaligen Außenminister Zaunius (und mit ihm der litauischen Regierung) wurde vorgeworfen, die OUN mit Geldmitteln und mehr oder weniger echten Pässen versorgt, u. a. auch den Druck des in Kauen erscheinenden OUN-Organs „Surma" finanziert zu haben. Von Zaunius wurden diese Beschuldigungen natürlich zurückgewiesen. Der als Zeuge vernommene Generalstabsoffizier Tetalnycki jedoch stellte noch einmal fest, daß die „Surma" in Kauen in derselben Druckerei wie das amtliche Organ der litauischen Regierung, „Lietuvos Aidas", gedruckt werde, daß der Vertreter der OUN in Kauen ein gewisser Osip Rewjuk sei und daß die letzten litauischen Regierungsgelder erst im dritten Quartal dieses Jahres an die OUN gezahlt worden seien.

Gegen die Tschechei wurde der Vorwurf erhoben, zahlreichen von der Polizei gesuchten Ukrainern Unterschlupf gewährt und über die nahe Grenze hinweg die ukrainische Irredenta gefördert zu haben. Der ukrainische Rechtsanwalt Starosolskyj wurde als Zeuge u. a. über die ukrainische Universität in Prag vernommen: Die Universität sei zunächst in Wien entstanden, aber bald dank der Bemühungen des Sekretärs des tschechischen Staatspräsidenten Masaryk nach Prag verlegt worden. Die Universität habe dem Prager Außenministerium unterstanden, sei als staatliche Universität behandelt worden und habe zwei Fakultäten, eine juristische und eine philosophische, besessen. Unabhängig von ihr habe es noch eine ukrainische Landwirtschaftliche Akademie in der Tschechei gegeben. Etwa 2000 ukrainische Studenten hätten tschechische Stipendien erhalten. Die Unterhaltung der Universität sei von tschechischer Seite damit begründet worden, daß die Prager Regierung die „moralische Verpflichtung" empfinde, dem ukrainischen Volke die u. a. auch ihm von den tschechischen Legionen geraubten Schätze auf diesem Wege wieder zurückzuerstatten!

Für den polnischen Ankläger stand die Schuld der angeklagten Ukrainer von vornherein fest. Für ihn war der Prozeß ein Mittel, die ukrainische Staatsidee zu diffamieren. Der eigentliche Gegenstand des Prozesses, die Ermordung Pierackis, war nur der Hintergrund, auf dem sich die polnische Auseinandersetzung mit der unbeugsamsten Vertreterin dieser Staatsidee, der OUN, abspielen sollte. Aber es ist allezeit wenig wahrscheinlich, daß es gelingt, eine Idee durch ein Gerichtsverfahren zu erschlagen. Der „Kurjer Wilenski" schrieb: „Die polnische Politik muß . . . mit der Tatsache rechnen, daß die Idee der politischen Unabhängigkeit die oberste Idee des ukrainischen Volkes ist, auf die dieses Volk wahrscheinlich nicht mehr verzichten wird. Andererseits muß die ukrainische Politik . . . als absolut sicher annehmen, daß ukrainische Bestrebungen, die auf Kosten oder gegen den Willen Polens verwirklicht werden sollen, vom polnischen Volk entschieden und rücksichtslos abgelehnt werden." Wenn das so ist — und es spricht nichts dafür, daß es anders ist, — dann kann eine Annäherung, wie sie auch immer aussehen mag, sowohl von polnischer wie von ukrainischer Seite niemals anders denn als taktische Maßnahme gemeint sein. Das sollten die Polen aus ihrer eigenen Vergangenheit wissen. Im polnischen Lager gingen seinerzeit die Einen mit Rußland, um die Mittelmächte zu zerschlagen und, durch die Vereinigung aller „polnischen" Gebiete gestärkt, dann Rußland zu zersetzen, während die Anderen mit den Mittelmächten paktierten, um von diesen zunächst Rußland zerschlagen und dann wiederum diese von der Entente zu Boden werfen zu lassen. Schicksale wiederholen sich manchmal . . .

Langsame Entspannung im Memelgebiet

Nach anderthalb Jahren hat das Memelgebiet mit dem Direktorium Baldschus endlich wieder eine Regierung erhalten, die das uneingeschränkte Vertrauen der gesetzmäßigen Volksvertretung besitzt. Baldschus hat in seiner Regierungserklärung, die er am 10. Dezember im Landtag abgab, die Wiederherstellung der Grundlagen der autonomen Verwaltung des Memelgebietes als die von seinem Direktorium zuerst zu lösende Aufgabe bezeichnet. „Wir werden uns", führte er u. a. aus, „dabei von dem Bewußtsein leiten lassen, daß nach dem Sinne unseres Autonomiestatuts unser Gebiet nach demokratischen Grundsätzen, also nach dem Willen seiner Mehrheit, verwaltet werden muß und nicht nach den Wünschen einer kleinen Minderheit, wie das in den letzten eineinhalb Jahren der Fall war." Die aus nur 5 von 29 Abgeordneten bestehende litauische Fraktion hat sich bei der Abstimmung über das Vertrauensvotum für das Direktorium Baldschus der Stimme enthalten.

Die Aufgabe, die Baldschus übernommen hat, ist nicht leicht. Die memelländische Landwirtschaft, auf der das ganze Wirtschaftsleben des Gebietes beruht, liegt infolge der durch die litauische Memelpolitik unterbundenen wirtschaftlichen Beziehungen zum Deutschen Reiche bedenklich danieder. Alle Gebiete der autonomen Verwaltung sind von den beruflich meist minderwertigen und moralisch z. T. nicht einwandfreien Elementen ver-

feucht, die es verstanden haben, die Konjunktur der Aera Reisgys-Bruvelaitis zu eigenem Vorteil auszunutzen. Der Säuberung der Verwaltung von diesen Elementen und der Wiederherstellung des Vertrauensverhältnisses zwischen den Verwaltungsorganen und der Bevölkerung gilt die vordringlichste Sorge des Direktoriums Baldschus. So sind in der Landespolizei einige Umbesetzungen erfolgt. Aus der Schulverwaltung hat der litauische Referent weichen müssen. Die litauischen Mitglieder des Verwaltungsgerichtes sind abberufen worden. Die Landesversicherungsanstalt hat ihren alten deutschen Vorsitzenden wiedererhalten. In einer Reihe von Gemeinden wurden die gegen den Willen der Bewohner von den litauischen Direktorien ernannten Amtsvorsteher entlassen. Die litauischen Landräte der Landkreise Memel und Heydekrug, Tolischus und Simonaitis, wurden amtsenthoben, bzw. beurlaubt. U. s. f. Zugleich wurden einige unzweckmäßige Maßnahmen der Direktorien Reisgys und Bruvelaitis auf dem Gebiete des Sozialwesens, des Wohnungsbaus usw. rückgängig gemacht. Die im März 1935 von Bruvelaitis erlassene Verordnung über den Erwerb des memelländischen Bürgerrechtes, eine Verordnung, die dazu bestimmt war, zur „Vorbereitung" der Landtagswahlen einem ungeregelten und sozial überaus schädlichen Massenzuzug landfremder Elemente die Wege zu ebnen, wurde aufgehoben und an ihre Stelle wieder die aus dem Jahre 1929 stammende Regelung (mit den 1931 vorgenommenen Aenderungen) in Kraft gesetzt. Weiter wurde u. a. eine Aenderung der Geschäftsordnung des Landtages vorgenommen, um für die Zukunft die Möglichkeit auszuschließen, daß der Landtag wieder, wie es in den letzten anderthalb Jahren achtmal der Fall war, von einer kleinen Minderheit terrorisiert und beschlußunfähig gemacht werden kann; der betreffende Landtagsbeschluß hat folgenden Wortlaut: „Wird die Beschlußunfähigkeit des Landtags dadurch herbeigeführt, daß anwesende Abgeordnete den Sitzungssaal verlassen, oder ist trotz ordnungsgemäßer Ladung die für die Beschlußfähigkeit erforderliche Anzahl von 20 Abgeordneten von vornherein nicht erschienen, so kann der Präsident eine Sitzung mit der gleichen Tagesordnung frühestens auf den nächsten Tag anberaumen, in welcher der Landtag bei Anwesenheit von 15 Mitgliedern beschlußfähig ist. Die Einberufung muß erfolgen, wenn mindestens 3 Mitglieder es verlangen."

Daß diese notwendige Säuberungsaktion den Litauern nicht besonders angenehm ist, kann man verstehen. Doch haben sie bisher das vorsichtig und taktvoll vorgehende Direktorium bei seiner Arbeit an der schrittweisen Wiederherstellung der Autonomie nicht zu stören gewagt. Maßgebend für die derzeitige Zurückhaltung ist die unmißverständliche Haltung der drei Signatarstaaten England, Frankreich und Italien, die sich seit langer Zeit zum ersten Male wieder einig darüber sind, daß die Zustände, wie sie in der Aera Reisgys-Bruvelaitis im Memelland eingerissen waren, unter keinen Umständen geduldet werden können, und daß die Autonomie des Gebietes in vollem Umfang wiederhergestellt werden muß. In der polnischen Presse wird die Ansicht vertreten, daß die litauische Regierung, die innen- wie außenpolitisch mit großen Schwierigkeiten zu kämpfen habe, zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß ein Ausgleich mit Deutschland ihr unter den gegenwärtigen Verhältnissen wirtschaftlich und politisch die relativ günstigsten Chancen biete.

Derartige Betrachtungen dürfen jedoch nicht darüber hinwegtäuschen, daß die litauische Regierung keineswegs auf eine Verwirklichung ihrer Litauisierungsabsichten im Memelgebiet verzichtet hat. Einige litauische Blätter haben dem Direktorium Baldschus bereits mit dem Statutgericht gedroht, das in krassem Widerspruch zum Memelstatut im Frühjahr 1935 von der Kauener Regierung geschaffen wurde, und dessen (ausschließlich litauische) Mitglieder bezeichnenderweise gerade während der Wahlzeit vom litauischen Staatspräsidenten ernannt worden sind. Es muß von vornherein festgestellt werden, daß der Versuch, das Statutgericht gegen die Tätigkeit der gewählten Volksvertretung und gegen die Amtsführung des von deren Vertrauen getragenen Direktoriums Balschus einschreiten zu lassen, den Konflikt in seiner ganzen Schärfe wieder aufleben lassen und sehr wahrscheinlich auch die durch dieses Gericht unmittelbar in ihren Rechten getroffenen Signatarmächte auf den Plan rufen würde. Weiter wird trotz der gegenwärtigen Zurückhaltung auf politischem Gebiet von seiten der litauischen Regierungskreise mit verstärktem Nachdruck versucht, die aggressive Memelpolitik, die bisher in der Hauptsache nur von den regierenden oder sonstwie persönlich interessierten Kreisen getragen wird, zu einer Sache des ganzen litauischen Volkes zu machen. So wurde vor kurzem in Kauen ein „Litauischer Westverband" ins Leben gerufen, der es sich — dem polnischen Vorbild entsprechend — zum Ziel gesetzt hat, mit historischen, kulturellen, wirtschaftlichen und geographischen „Argumenten" die fixe Idee vom „litauischen Charakter" des Memelgebietes zum Gemeingut aller Litauer zu machen. Dasselbe Ziel wurde mit einer vor einiger Zeit in Memel eröffneten Ausstellung verfolgt, in der mit viel Eifer und wenig Sorgfalt allerlei Dinge zusammengetragen worden waren, aus denen, wie die Veranstalter behaupteten, hervorgehen sollte, daß das Memelland „von ewigen Zeiten her das reinste litauische Gebiet" gewesen sei. Es muß auch hier festgestellt werden, daß derartige Märchen nicht geeignet sind, die vom Direktorium Baldschus eingeleitete Politik der Entspannung zu fördern.

Von den Juden in Polen

Die Ahnen von Karl Marx

Der jüdische Historiker Balaban veröffentlichte in der in Warschau in polnischer Sprache erscheinenden jüdischen Zeitung „Nasz Przeglad" („Unsere Rundschau") den Stammbaum von Karl Marx: „Im 17. Jahrhundert lebte in Krakau Josef Kohen — Rektor der Talmudischen Akademie —, Onkel des bekannten Luzker Rabbiners Moses Iserles. Iserles heiratete Nesla Wal, Tochter des Brester Rabbiners. Während der Kriege mit den Saporoger Kosaken floh der Rabbiner Iserles nach Preußen, wo er seine Tochter mit einem jungen Rabbiner in Trewis (Trier), Aaron aus Lemberg, verheiratete. Nach dem Tode Aarons ging der Rabbiner-Posten in Trier auf dessen Sohn, Jose Herschel Lwow, den bekannten Talmudisten, über. Diesem Rabbiner folgte sein Sohn Moses Lwow, der das Trierer Rabbinat seinem Schwager, Levy Markus, übergab. Dieser hatte zwei Söhne: Samuel Marx, der sein Nachfolger im Rabbinat wurde, und Heinrich Marx, der sich taufen ließ, Advokat wurde und dem Sozialismus den Propheten und Schöpfer der Lehre, Karl Marx, schenkte."

Die „Allensteiner Zeitung" fügt zu diesen Mitteilungen des Juden Balaban noch hinzu, daß die Mutter von Karl Marx, Henriette Preßburg, eine holländische Jüdin war, deren Ahnen nach den Angaben ihrer Enkelin Eleanor Marx eine jahrhundertelange Kette von Rabbinern aufweisen. Aus diesem Stammbaum geht nicht nur hervor, daß Karl Marx ein absolut reinrassiger Vollblutjude ist, sondern vor allem auch, daß er aus einer langen Reihe exklusivster Talmudisten- und Rabbinergeschlechter stammt, die das jüdische Blut und das jüdische Wesen unvermischt vererbten und die jüdische Tradition in strengster Form überlieferten. Gerade auf die lückenlose Rabbinertradition legen Karl Marx' Stammesgenossen den größten Wert; es ist bezeichnend, daß der jüdische Historiker Balaban keinen Stammbaum im gewöhnlichen Sinne unter Darstellung der männlichen Erblinie gibt, sondern daß er die Talmudisten- und Rabbinertradition mehrfach unter Zuhilfenahme der weiblichen Linie nachweist. Auf diese Weise kann er, woran ihm offenbar sehr gelegen ist, Rektoren talmudistischer Akademien (Josef Kohen) und andere be-

kannte Talmudforscher (Jose Herschel Lwow) unter den Ahnen von Karl Marx nennen.

Angesichts eines derartig schlagenden Beweismaterials für die Verwurzelung des Urhebers des Marxismus in der jüdischen Rasse und Tradition — für die meisten anderen marxistischen Größen ist der gleiche Beweis erbracht worden (siehe vor allem F. O. H. Schulz: „Jude und Arbeiter") — ist es völlig unverständlich, wie immer noch in manchen Köpfen die Vorstellung spukt, es handele sich beim Marxismus um ein ökonomisches und nicht um ein politisches und Rassenproblem. Der überwältigende Anteil des Judentums an den leitenden Stellen in allen marxistischen, sozialdemokratischen und kommunistischen Organisationen ist das augenfälligste Phänomen am gesamten Marxismus überhaupt. Diese Erkenntnis ist nicht nur in Deutschland Allgemeingut geworden, sondern beginnt sich auch im Ausland bei allen nüchternen Beurteilern durchzusetzen.

Die Juden an der Posener Universität

Der „Kurjer Poznanski" beschäftigte sich in seiner Nummer vom 14. Dezember mit den an der Universität Posen studierenden Juden. Die Posener Universität besitze zwar bisher den geringsten Prozentsatz an jüdischen Studenten von allen staatlichen Hochschulen Polens (abgesehen von der Bergakademie in Krakau, auf der es wenigstens bis vor kurzer Zeit überhaupt keine Juden gab). Aber der Verjudungsprozeß der Posener Universität mache „erschreckende Fortschritte" und rufe eine berechtigte Aktion seitens der polnischen Jugend hervor. Es genüge, die unten angeführten Zahlen der jüdischen Hörer aus den letzten Jahren zu vergleichen, um das schnelle Anwachsen nicht nur der absoluten, sondern auch der prozentualen Zahl der Juden an der Posener Universität festzustellen:

	1931/32 Gesamthörerz.	Darunter Juden	1932/33 Gesamthörerz.	Darunter Juden	1934/35 Gesamthörerz.	Darunter Juden
Rechtl. wirtsch. Fakultät	1363	14	1694	14	1726	11
Medizinische Fakultät	855	10	1042	17	1283	27
Humanist. Fakultät	998	4	953	3	808	5
Mathemat.-naturwiss. Fakultät	1012	23	1160	33	1145	36
Fakultät f. Land- u. Forstwirtschaft	384	—	381	3	360	7
	4612	51	5250	70	5282	86

Gegenwärtig, heißt es in dem Endekenblatt weiter, gebe es bereits über 100 jüdische Studenten an der Posener Universität. Man müsse bedenken, daß der Anteil der Juden an der Gesamtbevölkerung der Wojewodschaft Posen 0,5 v. H. und an derjenigen der Wojewodschaft Pommerellen 0,3 v. H. betrage. Der jüdische Anteil an der Studentenschaft übersteige also den an der Gesamtbevölkerung. Es sei nicht verwunderlich, wenn die polnische Jugend es in Posen nicht ebenso weit kommen lassen wolle wie an den anderen Universitäten Polens, wo der Anteil der Juden in einigen Fakultäten 30, 40 und mehr v. H. betrage.

Schlägerei an der Universität Warschau

Trotz der schroffen Ablehnung der antisemitischen Forderungen der Studenten der Warschauer Universität durch die Regierungsstellen und akademischen Behörden erschien am 11. Dezember erneut eine Abordnung nationaldemokratischer Studenten beim Rektor der Universität und verlangte von ihm, daß er sofort dafür sorgt, daß die jüdischen Studenten in den Hörsälen auf die äußersten Randplätze verwiesen und so von den polnischen Studenten abgesondert werden sollten. Die Studenten begannen z. T. auch unverzüglich selber, ihrer Forderung den gehörigen Nachdruck zu verschaffen, indem sie die Juden mit Gewalt auf die ihnen zugedachten Seitenplätze abzuschieben versuchten. Dabei gerieten die nationaldemokratischen jedoch mit den im Regierungslager stehenden polnischen Studenten zusammen. Es kam zu einer Schlägerei zwischen den polnischen Studenten, während die Juden, um die es eigentlich ging, sich grinsend im Hintergrund hielten.

Ein Schritt auf dem Wege zum Ghetto

Während die antisemitischen Forderungen der polnischen Studenten an der Warschauer Universität und den anderen Hochschulen Polens abgelehnt wurden, haben die Professoren des Lemberger Polytechnikums dem Drängen der Studenten wenigstens insofern nachgegeben, als sie angeordnet haben, daß die jüdischen Studierenden in den Hörsälen gesonderte Plätze einzunehmen haben. Von der nationaldemokratischen Presse wurde diese Anordnung mit Beifall aufgenommen. Sie begrüßt sie als ersten kleinen Schritt auf dem Wege zum Ghetto. Aber, so dämpft der „Warszawski Dziennik Narodowy" sofort seine Freude hierüber, durch den Umstand, daß die jüdischen Studenten im Hörsaal auf der linken Seite sitzen müssen, wird noch nichts daran geändert, daß diese Juden später doch als Aerzte, Rechtsanwälte usw. zu Einfluß auf die polnische Volksgemeinschaft gelangen. Dieser jüdische Einfluß, heißt es weiter, habe sich schon wiederholt in schädlicher Weise auf Polens politisches Geschick ausgewirkt. Er verderbe und vergifte das polnische Kulturleben durch fremde Elemente. Er bereite dem Marxismus und dem Freimaurertum den Weg und zersetze die politische Moral. Um diesen Einfluß zu beseitigen, gebe es nur ein Mittel: die direkte Berührung zwischen der polnischen Volksgemeinschaft und den Juden unmöglich zu machen, d. h. das Ghetto. Wenn es dem Juden nicht mehr erlaubt sei, Mitarbeiter einer polnischen Zeitung, Professor an einer polnischen Universität, Lehrer an einer polnischen Schule, Mitglied eines polnischen Vereins, Verteidiger eines beklagten Polen zu sein, wenn es ihm weiter nicht mehr erlaubt sei, sich in den von Polen bewohnten Stadtteilen niederzulassen usw., dann werde sich der jüdische Einfluß auf die polnische Volksgemeinschaft zweifellos verringern. Ein solcher Zustand, in dem die Juden in das Ghetto gestoßen würden, werde dem polnischen Volk gestatten, ruhig und ohne allzu große Furcht vor empfindlichen Schäden die Zeit abzuwarten, in der die Juden allmählich aus Polen abströmen werden. Die Anordnung im Lemberger Polytechnikum sei nur eine geringfügige Tatsache. Sie weise jedoch den Weg, auf dem sich die Ereignisse in Polen unausweislich werden abspielen müssen. Man müsse diese Anordnung wärmstens begrüßen.

Polnische Juden gegen deutsche Volksgruppe

In Ostoberschlesien mehren sich die Fälle, in denen jüdische Kaufleute, die sich früher als Deutsche ausgaben und in ihren Geschäften größtenteils deutsches Personal hatten, dieses Personal wegen seiner Zugehörigkeit zur deutschen Volksgruppe entlassen. Besonders auffällig ist das Verhalten der Kattowitzer Delikatessenfirma Borinski, des Manufakturwarengeschäftes Kuttner und der Zuckerwarenhandlung Süßmann, die einen ständigen deutschen Kundenstamm haben. Borinski und Kuttner haben ihrem Personal gekündigt, Süßmann geht noch weiter und boykottiert sogar deutsche Vertreter. Als der deutsche Vertreter einer polnischen Firma längere Zeit von Süßmann keine Aufträge mehr erhalten hatte, wandte sich diese Firma an Süßmann mit der Anfrage, warum das bisherige gute Geschäftsverhältnis nicht mehr weiter bestehe. Süßmann antwortete, sie könne erst wieder bei dieser Firma kaufen, wenn sie einen polnischen oder jüdischen Vertreter zu ihm senden werde. Als der deutsche Vertreter, der polnischer Staatsangehöriger ist, seiner Firma erklärte, er werde diesen Fall der Oeffentlichkeit zur Kenntnis geben, erhielt er von seiner Firma ein Schreiben, worin ihm mitgeteilt wurde, er werde sofort entlassen, falls er seine Drohungen wahr mache. Kommentar überflüssig.

Dieser Nummer liegt das Inhaltsverzeichnis für „Ostland" Jahrgang 1935 bei.

Ein interessantes Dokument

Die Funktionäre der Danziger Oppositionsparteien sind seit der Machtergreifung durch den Nationalsozialismus bemüht, durch Eingaben und Beschwerden aller Art den Völkerbundskommissar und die anderen Instanzen des Völkerbundes zum Einschreiten gegen die nationalsozialistische Regierung zu veranlassen. Sie haben dabei schon wiederholt bei dem gegenwärtigen Kommissar Sean Lester ein so auffälliges Entgegenkommen gefunden, daß der Rat des Völkerbundes sich in seiner diesjährigen Herbsttagung zu der Feststellung veranlaßt sah, daß es unter seiner Würde sei, sich mit derartigen Lappalien abzugeben. Es ist nun interessant, festzustellen, daß die Leute, die heute dem Kommissar die Türe einrennen und dicke Beschwerden nach Genf absenden, zu einer Zeit, als sie noch selbst in der Macht saßen, derartige Eingriffe, wie sie sie jetzt selber provozieren, ganz energisch abgelehnt haben. Derselbe Dr. Kamnitzer, der heute Petitionen an den Völkerbund verfaßt und unterschreibt, hat einmal, als er noch Finanzsenator war, dem Völkerbundskommissar eindeutig klargemacht, daß die Regierung der Freien Stadt sich seine lästigen und entwürdigenden Eingriffe aus grundsätzlichen Erwägungen heraus nicht gefallen lassen könne. Die Danziger Zeitungen veröffentlichten vor kurzem die Kopie eines Schriftstückes über eine Besprechung, die der damalige Senator Kamnitzer am 7. Februar 1929 mit dem damaligen Kommissar van Hamel gehabt hat. Das Schriftstück stammt von Kamnitzer und ist von diesem unterzeichnet. Es heißt dort u. a.:

„Zur Frage der Auskunftspflicht (des Senates) wies der Hohe Kommissar auf das von Genf erstattete Gutachten hin und meinte, er müsse in dieser Frage auf seinem Standpunkt verharren und erforderlichenfalls damit nach Genf gehen. Ich sagte ihm, daß m. E. der vom Senat eingenommene Standpunkt dem Hohen Kommissar nur angenehm sein könne, da er anderenfalls mit Eingaben und Bittgesuchen überschüttet würde. Der Senat könne in dieser Frage nicht nachgeben, denn sie berühre die prinzipielle Frage, welche Stellung der Hohe Kommissar in Danzig habe. Danzig als kleiner Staat sei begreiflicherweise auf seine Rechte besonders eifersüchtig und könne in dieser Frage keinen Standpunkt einnehmen, der seinen Rechten abträglich ist. Bei irgendeinem Hohen Kommissar könne die Anerkennung des Auskunftsrechtes dazu führen, daß in inneren Angelegenheiten des Staates eine außerhalb der Regierung stehende Instanz geschaffen werde. Der Hohe Kommissar sagte, daß er keinesfalls die Absicht habe, sich in die inneren Angelegenheiten der Freien Stadt zu mischen, und daß er die Auskunftspflicht nur für solche Fragen erreichen wolle, die mit der vom Völkerbund garantierten Verfassung im Zusammenhang ständen. Ich erwiderte ihm, daß es kaum eine Frage gäbe, die sich nicht so aufziehen lasse, daß ein Zusammenhang mit der Verfassung konstruiert werden könne. Es sei sehr schwer, die Grenze zu ziehen. Der Hohe Kommissar erklärte, er wäre bereit, eine auch seine Nachfolger bindende Formulierung zu suchen, die jede Einmischung des Hohen Kommissars in innere Angelegenheiten des Staates ausschlösse. Er sei bereit, mit Herrn Präsidenten Sahm über eine solche Formulierung zu beraten . . ." So dachten Kamnitzer und seine Freunde damals. Ihre damalige Auffassung spricht über ihr heutiges Verhalten ein eindeutiges Urteil.

Die deutsche Geschichte der Stadt Posen

Schon vor Beginn unserer Zeitrechnung siedeln dort, wo später die Stadt Posen entstand, ostgermanische Stämme; sie ziehen in der Völkerwanderung keineswegs restlos fort. Erst weit in der zweiten Hälfte des ersten nachchristlichen Jahrtausends beginnen Slaven einzusickern. Allmählich nehmen die germanischen Herren die Sprache der slavischen Unterschicht an und bilden deren Uradel.

Eine neue germanische, normannische Eroberung schmiedet wie den russischen, so auch den polnischen Staat zusammen, dessen erster geschichtlicher Herzog Misiko oder Misaka (polnisch: Mieszko) in einer alten Aufzeichnung in Rom den germanischen Namen Dagome führt. Sein Sohn, der mächtige Boleslaus, — in nordischen Sagas führte er den Namen Burisleif — wird in der leider nur in Abschrift erhaltenen Inschrift auf seinem Grabmal im Posener Dom „König der Polen oder Goten" genannt. Später sitzt um Posen das stolze Normannengeschlecht der Audank, deutsch Habdank; es finden sich germanische Ortsnamen in der Gegend.

Die Geschichte des Deutschtums in der Posener Gegend ist so alt wie der Staat Polen, d. h. fast 1000 Jahre. Schon Misiko gründet im Jahre 968 in Posen ein christliches Bistum, dessen Bischöfe zunächst Deutsche sind — die ersten heißen Jordan und Winger (Unger) — und dem Erzstuhl Magdeburg unterstehen. Er und nach ihm viele andere Mitglieder des Herrscherhauses der Pasthen (Piasten) führen u. a. deutsche Fürstinnen heim, die mit großen Gefolgen von deutschen Rittern und Geistlichen ins Land kommen. Doch der emporstrebende Polanenstaat, der bald nicht mehr die Oberherrschaft des deutschen Kaisers, nach damaligen Begriffen: des natürlichen Herrn der Welt, anerkennen will, gerät zeitweise in Kampf mit ihm. 1005 zwingt Kaiser Heinrich II. den kühnen Boleslaus in Posen zum Frieden, und 1157 muß sich in der Nähe der Stadt der damalige Polenherzog vor Kaiser Friedrich Rotbart demütigen. 1178 setzen sich in Posen deutsche Johanniter an, deren romanisches Kirchlein heut noch steht; etwas später hören wir von einer dem deutschen Heiligen Gotthard geweihten Kirche. Vielleicht waren die „verderbt nordisch sprechenden" Bewohner verschiedener Siedlungen um Posen, von denen ein damaliger Reisender erzählt, Niederdeutsche. Aber wenn es auch nur stammesverwandte Skandinavier gewesen sein sollten, so viel ist jedenfalls sicher, daß schon längere Zeit vor der gewöhnlich erst 1253 angesetzten Gründung einer Stadt Posen zu deutschem Recht eine zunächst vielleicht lose Siedlung deutscher Menschen, wohl hauptsächlich Kaufleute, bestanden haben muß. Eine wichtige Rolle als Handelsplatz an einer günstigen Uebergangsstelle über die hier geteilte, sonst schwer überschreitbare Warthe — die Flüsse waren damals viel wasserreicher, die Ufer versumpft, das Land größtenteils mit Urwald, Seen und Sümpfen bedeckt — spielte der Ort schon sehr lange.

Die geschichtlich ältesten Teile der Stadt Posen lagen östlich, teilweise außerhalb der jetzigen Stadt, die sich immer weiter nach Westen entwickelt hat. Wahrscheinlich im Jahr 1231 wird der jetzige Stadtteil Schrodka als Stadt zu deutschem Recht gegründet unter einem Vogt Heinrich. Damit ist Schrodka (Posen) die älteste Siedlung im Posener Gebiet, älter als Powidz und Gnesen. Das Städtewesen haben ja bekanntlich die Ostvölker wie so manche andere Kulturerrungenschaft erst von den Deutschen übernommen. Leider hat sich die Gründungsurkunde der Schrodka nicht erhalten; dagegen kennen wir noch die Gründungsurkunde der 1253 unter Herzog Premisl durch den deutschen Unternehmer (Lokator) Thomas von Guben gegründeten Stadt, der jetzigen Altstadt Posen. Ihr ostdeutsches Kolonialschema mit dem viereckigen Markt, dem Rathaus darauf, dessen gotische Teile auf die älteste Zeit zurückgehen, und den schachbrettförmig vom „Ring" ausgehenden Straßen ist heute noch deutlich zu erkennen, ihre Größe daran, daß auch von den Mitten der vier Marktseiten Straßen ausgingen.

Es ist möglich, daß auch schon einige Polen in diese Neugründung am linken Wartheufer zogen oder später hinzukamen. Daß die Stadt aber im Anfang des 14. Jahrhunderts noch völlig deutsch gerichtet war, beweist die Tatsache, daß sie damals (ebenso wie das deutsche Krakau)

unter ihrem Vogt Primco (den die Polen Przemko nennen) den deutschen Herzog von Glogau, dessen Gebiet bis nahe an die Stadt reichte, gegenüber einem slawisch gesinnten Thronbewerber unterstützte, allerdings erfolglos, und daß die Eintragungen in den ältesten Stadtbüchern und die darin vorkommenden Namen fast rein deutsch, und zwar in ostmitteldeutscher, schlesischer Form sind. Deutsch wurde wie in Krakau, Lemberg und vielen anderen deutschen Städten Polens und Reußens (Rutheniens) auch in der Pfarrkirche zu St. Martin und Magdalenen von Posenau oder Posna, wie man damals sagte, gepredigt. Kennzeichnend ist, daß noch 1454 in der Zeit der Kriege mit dem Deutschen Ritterorden die fälschliche Beschuldigung auftauchte, der Rat der Stadt habe die Stadttore vier Nächte lang offengelassen, um dem Orden die Besetzung der Stadt zu ermöglichen. Von jener alten Stadtumwehrung sind nur noch zwei sogenannte „Weich"-Türme und geringe Reste der Stadtmauer erhalten, dagegen noch etliche Kirchen aus dem Mittelalter. In einer, der Fronleichnamskirche, die wie mehrere andere in losen Siedlungen vor der geschlossenen Stadt lag, erzählt noch heute eine alte Marmortafel, daß aus Deutschland herangeholte Karmelitermönche ihre Erbauer gewesen sind. Bezeichnungen, wie die des jetzigen Stadtteils Wilda, des Ausflugsortes Schilling, weiter die Groffwiesen erinnern an Patriziergeschlechter, die zu jener Zeit aus verschiedenen Teilen Deutschlands eingewandert sind. Andere wie die des Stadtdorfes Kokendorf, Kundorf oder der Bogdanka als Fließ sind untergegangen. Winiary taucht in der alten deutschen Namensform Weinern auf.

Die deutsche Reformation fand sehr bald auch in Posen Eingang, und die Zeit unter den beiden Königen Sigismund, als z. B. 1567 der Posener Rat fast ganz mit Protestanten besetzt war, ist die Blütezeit der Stadt, die damals die für jene Zeit recht stattliche Zahl von 20 000 Einwohnern gezählt haben dürfte. Doch der Erbfehler der Protestanten, daß sie keine geschlossene Einheit bildeten, sich vielmehr gern gegenseitig befehdeten, trat auch in Posen zutage. Damit erleichterten sie der alten Kirche selbst die Wiedergewinnung des verlorenen Gebietes durch die mächtige Kampftruppe des Jesuitenordens. Der Stolz der Lubranski-Akademie, Prof. Hegendorfer aus Leipzig, mußte weichen. Kennzeichnend ist, daß die Patres der Gesellschaft Jesu „zur Bekehrung der zahlreichen Abtrünnigen" polnisch und deutsch predigten. Später kam es zu bösen Verfolgungen der Nichtkatholiken, z. B. Anfang des 17. Jahrhunderts mehrfache gewaltsame Niederbrennung der evangelischen Kirchen, Ausschließung der Protestanten vom Bürgerrecht, so daß große Mengen von ihnen auswanderten, zum Teil nach Lissa, das damals aufblühte, während Posen durch Kriegs- und Aufstandswirren rasch zurückging. Andere traten zum Katholizismus über, und von den Deutschkatholiken gingen viele dem Deutschtum verloren. Doch daß sie zeitweise recht stark waren, zeigt die Tatsache, daß sie drei Bruderschaften besaßen. In zwei von ihnen traten in dem einen Jahre 1776 231 Mitglieder ein, darunter manche mit polnischen Namen. Mehrere Orden stritten sich um ihre Betreuung.

So stimmt die Behauptung nicht, daß die Stadt im 17. Jahrhundert „durch und durch polnisch" gewesen sei. Einesteils hielten sich trotz aller Verfolgungen eine beachtenswerte Anzahl deutscher Lutheraner, darunter eine Menge Aerzte, Goldschmiede, Maler, Glockengießer und andere Edelhandwerker, es gab weiterständig eine deutsch-katholische Gemeinde zu St. Annen (wie in Wilna), deren Pfarrer mehrfach erwähnt wird, eine starke jüdische und andere kleinere Gemeinschaften. Zugleich mit dem Niedergang des Staates verfiel auch Posen, das noch dazu durch die Kriegsnöte besonders der Schwedenkriege, durch in jenen Zeiten des überwiegenden Holzbaus besonders gefährliche Feuersbrünste, Ueberschwemmungen und schwere Seuchen heimgesucht wurde, zu einem kümmerlichen Rest von rund 3000 Seelen um 1720. Die Evangelischen mußten, wenn nicht brandenburgisch-preußische oder schwedische Besatzungen (wie während des Nordischen oder Siebenjährigen Krieges) in der Stadt lagen, bis nach Schwersenz pilgern, wenn sie einen evangelischen Gottesdienst besuchen wollten.

Da die Kämmereidörfer ringsum völlig verwüstet waren, sah sich der katholische Magistrat nach dem „Kolonisationselement" um, das seit etlichen Jahrhunderten immer wieder als Kulturträger nach dem Osten geholt worden war, und besiedelte die Umgebung mit Katholiken aus Süddeutschland, die als „Bamberger" lange ihr Deutschtum bewahrt, im vorigen Jahrhundert aber während der preußischen Herrschaft unter den Augen der angeblich so germanisierenden Regierung durch den Einfluß der polnischen Geistlichkeit und unter dem Eindruck des Kulturkampfes meist zu überzeugten und besonders eifrigen Polen geworden sind. Aber auch evangelische Deutsche mußten als unentbehrlich notgedrungen im 18. Jahrhundert immer mehr zugelassen werden, und schließlich erzwangen die nichtkatholischen Nachbarmächte (nachdem Polen sehr verspätet, zu Zeiten, als in Preußen jeder nach seiner Fasson selig werden konnte, noch einmal eine Welle des Glaubenshasses erlebt hatte) 1768 die Anerkennung der Gleichberechtigung der nichtkatholischen sog. „Dissidenten". Da durften auch nach längeren kostspieligen Bemühungen die Lutheraner endlich wieder ein Gotteshaus errichten; aber kein anderer Platz war zu erhalten als Sumpfboden neben dem Galgen dicht an der Warthe. Doch unter ungeheuren Opfern gelang wider Erwarten der Bau der Kreuzkirche, die 1786, also vor 150 Jahren, eingeweiht werden konnte, kurz vor der preußischen Besitznahme von 1793. Ein Bild von König Stanislaus August, ein gutes Kunstwerk, wie die meisten von einem Deutschen geschaffen, hängt bis heute in der Sakristei.

Inzwischen hatte sich trotz wieder anwachsender Bevölkerungszahl das Bild so verschoben, daß schon vier Jahre vor dem Einrücken der Preußen der Franzose Parendier 4 Tage in Posen umhergehen konnte, ohne die polnische Sprache zu hören (vgl. Roczniki Historyczne Bd. I, S. 97), und 1793 hatten von den rund 12 000 Einwohnern tatsächlich die Evangelischen zusammen mit den deutschsprachigen Juden und den Deutschkatholiken die Mehrheit gegenüber den Polen. Trotz anerkennenswerter Versuche in den letzten Jahren des untergehenden polnischen Staates, die Verhältnisse zu bessern, lagen selbst am Markt zahlreiche Häuser seit Menschenaltern in Schutt und Trümmer. Jetzt wurde mit preußischer Gründlichkeit aufgeräumt. Auch verwaltungsmäßig wurden die bis dahin bestehenden 9 einzelnen, selbständigen Gemeinden, die die Bezeichnung „Stadt" teilweise wie zum Hohn führten, zu einer lebensfähigen wirklichen Stadt zusammengeschmolzen, und als 1803 ein verheerender Brand einen großen Teil in Asche legte, wurde um den Mäuseberg, den damals angelegten Wilhelms- und jetzigen Freiheitsplatz, ein neuer Stadtteil mit geräumigen und schönen Straßen errichtet unter Aufhebung des alten abgeschlossenen jüdischen Ghettos. Da wurde das Werk des Wiederaufbaus durch die Niederlage Preußens bei Jena und Auerstädt jäh unterbrochen. Die Polen begannen teilweise unter Zwang gegen preußenfreundliche Bewohner einen Aufstand. Zwei Provinzbürgermeister, Joh. Schatzschneider aus Gollantsch und Joh. Differt aus Obersitzko, die der preußischen Regierung die Treue, die sie ihr geschworen hatten, auch hielten, wurden auf dem Marktplatz in Posen erschossen, zahlreiche preußische Beamte vertrieben. Zur erwarteten Entscheidungsschlacht bei Posen kam es jedoch nicht. Die Stadt und das Gebiet Südpreußen, wie es geheißen hatte, fiel im Frieden von Tilsit an das Herzogtum Warschau, d. h. es kam wieder unter polnische Herrschaft.

Die Jahre von 1807—1813 bedeuten einen Stillstand oder gar Rückgang. Napoleon, der zeitweise in Posen weilte und von hier aus die Geschicke Europas lenkte, forderte schwere Opfer an Geld und Menschen. Während vorher zu südpreußischer Zeit naturgemäß der deutsche Bevölkerungsanteil gewachsen war, ging er jetzt unter dem polnischen Druck etwas zurück. Nach dem Feldzug von 1812 rückten die Russen ein, und nach den Befreiungskriegen fiel die Stadt 1815 wieder an Preußen zurück als Hauptstadt des „Großherzogtums Posen" mit einem eigenen kgl. Statthalter, dem polnischen Fürsten Anton Radziwill, dem Mann einer preußischen Prinzessin. Hier, im ehemaligen Jesuitenkolleg, der späteren Regierung und dem jetzigen Wojewodschaftsgebäude, sowie in Antonin spielte sich der Herzensroman des Prinzen Wilhelm von Preußen, des späteren Kaisers, mit seiner schönen Base Elise Radziwill ab. Seit 1826 wurde der Ort zu einer starken

Festung ausgebaut. Während des Aufstandes in Kongreßpolen von 1830/31 hielt der aus den Freiheitskriegen bekannte Heerführer Feldmarschall Graf Neithard von Gneisenau in Posen die Grenzwacht und starb wie viele andere Bewohner an der Cholera, die durch die zur Bekämpfung des Aufstandes von der asiatischen Grenze herangeholten russischen Truppen nach dem Westen verschleppt worden war. Kommandierender General war zeitweise der berühmte von Grolman, dessen mächtiger viereckiger Grabstein noch auf dem Garnisonfriedhof am Abhange des Kernwerkes steht, während das Gneisenau-Denkmal wie die anderen Erinnerungsmäler an die preußische Zeit im Jahre 1919 beseitigt wurde. Im Jahr des mißglückten polnischen Putsches auf Posen 1846 starb der große polnische Führer Dr. Karl Marcinkowski in dem gleichen Hause und der gleichen Wohnung (Bergstraße 7), in der Hindenburg, der spätere Generalfeldmarschall und Retter des Ostens vor den Russen, im Jahre darauf geboren wurde. Nachdem kurz vorher die Polen infolge deutscher Gleichgültigkeit einen Sieg in den Stadtverordnetenwahlen errungen hatten, stand seit 1846 die deutsche Mehrheit in dieser Versammlung fest. 1848 zählte die Stadt 24 000 Deutschsprachige (einschl. der Juden, aber ohne Militär) gegenüber 18 000 Polen. Hauptsächlich die starke Abwanderung der jüdischen Bevölkerung, die 1832 etwas über 1/5 der Gesamtzahl ausgemacht hatte, und später der stärkere Geburtenüberschuß der Polen verschob aber allmählich rein zahlenmäßig das Verhältnis zugunsten der letzteren, die jedoch immer in der Aufbringung der Steuern zurückgestanden, dagegen immer mehr die Leistungen der Stadtgemeinde in Anspruch nahmen. Um 1879 gewannen die Polen die Mehrheit, zahlten jedoch kaum ¼ der Einkommensteuer. Noch in diesem Jahre war der deutsche Magistrat so gerechtdenkend, daß er sich gegen die Anordnung der Staatsbehörden, anstatt zweisprachiger Straßenschilder einsprachig deutsche anzubringen, tatkräftig zur Wehr setzte, während bekanntlich die Polen nach dem Weltkriege sehr bald alle Straßennamen ins Polnische umänderten und alle an die preußisch-deutsche Vergangenheit erinnernden Denkmäler vernichteten. Den 1870 zurückgetretenen Oberbürgermeister Naumann, den Großvater des späteren politischen Führers, haben die Polen selbst einen „aufgeklärten und gerechten Mann, der sich allgemeiner Achtung erfreute", genannt.

Das bis dahin ruhige Tempo der Entwicklung wurde besonders lebhaft, als um die Jahrhundertwende die ehemaligen Stadtdörfer, die inzwischen zu Vorstädten angewachsen waren, eingemeindet wurden, der die Stadt einengende Festungsgürtel fiel und an seiner Stelle schöne Wallstraßen, Promenaden und Parkanlagen entstanden. Nach den schweren Kriegsjahren — zeitweise hatten Hindenburg und der aus Kruschewnia bei Posen stammende Ludendorff hier ihr Hauptquartier — folgte der durch das Versagen mancher führenden Stellen und durch den roten Umsturz erleichterte polnische Umschwung und die Abtrennung des Gebiets vom Deutschen Reich.

Zum drittenmal in der Geschichte gehört Posen einem polnischen Staatswesen an. Unerhört rasch änderte sich das völkische Gesicht der Stadt. Während die Deutschen 1910 — und 1918 werden es nicht weniger gewesen sein — noch fast 42 v. H. der Bewohner ausmachten, die aber 60 Prozent der Steuern aufbrachten, war die Zahl bald schon auf 5,5 v. H. gesunken, und jetzt beträgt sie nur noch etwa 3 v. H., ohne daß die Abwanderung schon ganz zum Stillstand gekommen wäre. Aber diese 6000 deutschen Menschen haben heute noch eine weit über ihre geringe Zahl hinausgehende Bedeutung. An Schulen bestehen außer der deutschen Volksschule das Schillergymnasium und das Mädchengymnasium, das Knothesche Lyzeum. Den Mittelpunkt des geistigen Lebens bildet die „Deutsche Bücherei", die des wissenschaftlichen die „Historische Gesellschaft", die kürzlich 50 Jahre alt geworden ist, und der „Deutsche Naturwissenschaftliche Verein", der bald 100 Jahre alt wird. Neuerdings besitzt die Stadt auch eine Deutsche Bühne. Der Musikpflege widmen sich mehrere Vereine, darunter der Bachverein, der Sportpflege der kürzlich 75 Jahre alt gewordene Männerturnverein und zwei Rudervereine. Kirchlich ist Posen der Sitz des Generalsuperintendenten D. P. Blau von der Evangelisch-unierten Kirche (und des Erzbischofs von Posen-Gnesen), wirtschaftlich verschiedener wichtiger Verbände. Die Stadt, die 1925 durch Eingemeindungen ihre Grenzen ausgedehnt hat, zählt augenblicklich (gegenüber 157 000 Einwohnern im Jahre 1910) über ¼ Million Einwohner. Die polnische Verwaltung hat den Ehrgeiz, zu zeigen, daß sie die Stadt ebenso vorwärts zu bringen versteht, wie es vorher die deutsche Verwaltung getan hat.

Zusammenfassend ist zu sagen: Auf Posener Boden hat es immer Germanen und Deutsche gegeben. Die germanisch-deutsche Geschichte der Siedlung Posen ist um Jahrhunderte älter als ihre polnische Geschichte. Mehrfach schon haben im Laufe zweier Jahrtausende Germanen und Deutsche den völkischen Rückzug aus dem Gebiete, in dem diese Stadt liegt, angetreten, weil sie anderswo eine größere Aufgabe zu finden vermeinten. Aber immer sind sie wieder gekommen und immer wieder überspülten sie das Land mit den Wellen ihres lebenspendenden Blutes. Wer die Geschichte dieser Stadt im Wechsel der Jahrhunderte und Jahrtausende sieht, für den schrumpft das Unglück, das ein oder zwei oder auch drei Generationen erleben, zu einer Episode zusammen.

(Nach einer Arbeit aus der „Deutschen Schulzeitung in Polen")

Ostland-Chronik

Die Oberstengruppe macht Pause

Zu der Tatsache, daß der Einfluß der Oberstengruppe auf die politischen Ereignisse in Polen in letzter Zeit zurückgegangen ist, hat der gemäßigt oppositionelle „Goniec Warszawski" kürzlich wie folgt Stellung genommen: Nach Auffassung der Oberstengruppe sei das polnische Volk für das demokratisch-liberale System noch nicht reif. Es werde noch längere Zeit harte autoritäre Regierungen brauchen. Wenn die Regierung Koscialkowski ein liberales Regime eingeführt habe, so nur deshalb, weil sie das zur Durchführung ihrer sehr unpopulären, aber leider nicht zu vermeidenden Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet für notwendig gehalten habe. Wenn diese Maßnahmen einmal durchgeführt seien, werde der Kurs wieder gewechselt und zum autoritären Regime zurückgekehrt werden. Früher oder später, vielleicht schon im Frühjahr, vielleicht aber auch erst im Herbst 1936, werde sich als Folge der liberalen Lockerung des Regierungssystems eine größere Regsamkeit der oppositionellen Elemente einstellen. Dann werde die Rückkehr zum hundertprozentig autoritären Regime notwendig sein. Die Oberstengruppe habe sich gewissermaßen nur eine Pause gegönnt. Sie sei davon überzeugt, daß in Polen keine andere Gruppe vorhanden sei, die ebenso wie sie darauf vorbereitet und dazu berufen sei, die Macht in Händen zu halten.

Ratifikation des deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens

Sejm und Senat haben in ihren letzten Sitzungen kurz vor den Weihnachtsfeiertagen die Ratifikation des bereits am 20. November vorläufig in Kraft gesetzten deutsch-polnischen Wirtschaftsabkommens beschlossen. Von den Sprechern der oppositionellen Parteien wurden einige belanglose Vorbehalte gemacht und gewisse Zweifel an dem reibungslosen Funktionieren der Verrechnungsbestimmungen des Abkommens geäußert. Während sich die Kritik der polnischen Sprecher z. T. in einigermaßen sachlichem Rahmen bewegte, benutzte ein jüdischer Abgeordneter die Gelegenheit, gegen eine Politik der wirtschaftlichen Annäherung an Deutschland überhaupt Stimmung zu machen. Er wurde von einem Vertreter des Regierungslagers darauf aufmerksam gemacht, daß Polen sich beim Abschluß seiner Verträge nur von seinen eigenen Interessen, nicht aber von den jüdischen Antipathien gegen irgendeinen anderen Staat leiten lassen könne. Das Abkommen wurde in Sejm und Senat mit großer Mehrheit gutgeheißen.

Witos darf nicht nach Polen zurück

Der vom Justizminister Michalowski ausgearbeitete Entwurf eines Amnestiegesetzes rief während der Beratung in den gesetzgebenden Körperschaften mehrfach erregte Auseinandersetzungen hervor. Die Meinungen stießen vor allem in der Frage aufeinander, ob die Amnestie auch auf die Verurteilten des Brester Prozesses ausgedehnt werden solle. Im Mittelpunkt des Interesses stand dabei die Person des Bauernführers Witos, der sich der Verbüßung der im Brestprozeß über ihn verhängten Freiheitsstrafe durch die Flucht in die Tschechei entzogen hatte, wo er sich als politischer Emigrant auch heute noch aufhält. Mit aller Entschiedenheit traten die Mitglieder der Oberstengruppe einer Amnestierung der Brestverurteilten entgegen. Aber im Sejm sowohl wie im Senat erhoben sich zahlreiche Stimmen, die dem emigrierten Bauernführer durch die Amnestie die Rückkehr nach Polen freizumachen wünschten. Es handelt sich hier um eine Angelegenheit von höchster politischer Bedeutung. Unter allen Gegnern des Pilsudskiregimes und vor allem der Oberstengruppe ist dieser sture und energische Bauernführer zweifellos die markanteste Gestalt. Witos war vor dem Maiumsturz von 1926 dreimal Ministerpräsident; die Aufrüttelung der polnischen Bauern zum Widerstand gegen die Rote Armee im Jahre 1920 war — nach Pilsudski — vor allem auch sein Verdienst. Er war (und ist vielleicht auch noch heute) der einzige polnische Politiker, der die Masse der polnischen Bauern zu einer politischen Front zusammenzufassen und als politischen Faktor in den Staat einzubauen vermag. Trotzdem er sich seit langem im Ausland aufhält, ist er auch heute noch der anerkannte Führer der bäuerlichen Volkspartei, in der sich die drei verschiedenen Bauernparteien zusammengeschlossen haben. Seine Rückkehr nach Polen würde eine Aktivierung der bäuerlichen Politik in Polen bedeuten, und zwar in einem gegen das Pilsudskisystem gerichteten Sinne. Unter diesen Umständen ist es verständlich, daß die Regierung Koscialkowski, wenn sie auch sonst der Opposition eine etwas größere Bewegungsfreiheit gönnt, eine Amnestierung der Brestverurteilten mit aller Entschiedenheit ablehnt.

Regierung und Endeken

Es ist bekannt, daß die nationaldemokratische Partei in Polen seit dem Tode des Marschalls eine lebhafte Tätigkeit entfaltet. Die Stärke dieser Partei, die den größeren Teil der polnischen Intelligenz hinter sich hat, liegt in der zersetzenden Kleinarbeit innerhalb des Regierungsblocks selbst. Der Versuch jedoch, den Regierungsblock offen anzugreifen, ist, da der Partei keine staatlichen Machtmittel zur Verfügung stehen, zum Scheitern verurteilt. Bezeichnend sind hierfür die Vorgänge, die sich während der letzten Wahlen im Kreise Wirsitz im Posenschen abgespielt haben. Damals wurden in verschiedenen Orten von bewaffneten nationaldemokratischen Sturmscharen die Wahllokale demoliert, Versammlungen der Regierungsanhänger gesprengt und Polizeibeamte mit Steinen, Schlag- und Schußwaffen angegriffen. Es kamen dabei zwei Menschen ums Leben. In der Anklage vor dem Bromberger Gericht wurde den Unruhestiftern vorgeworfen, sie hätten die Absicht gehabt, die Regierung zu stürzen und den alten Endekenführer Roman Dmowski zum Ministerpräsidenten zu machen. Die mehreren Dutzend Angeklagten wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. — In Warschau wurde Anfang Dezember der Piotr-Skarga-Verein aufgelöst. Es handelte sich hierbei um einen katholischen Verein, auf den sich offenbar nationaldemokratische Kreise bestimmenden Einfluß zu sichern gewußt hatten, und den sie, katholisch getarnt, für die Zwecke ihrer regierungsfeindlichen Arbeit zu benutzen gedachten. Besonderes Aufsehen erregte es damals, daß der Verein kurz vor einer Veranstaltung geschlossen wurde, in der der in Paris lebende endekenfreundliche General Sikorski einen Vortrag halten sollte. Der Fall des Piotr-Skarga-Vereins ist sicherlich nicht der einzige Fall, in dem sich eine gegen die Regierung des Pilsudskiregimes gerichtete Zusammenarbeit zwischen den Nationaldemokraten und dem politisierenden Klerus nachweisen läßt. — Am 23. Dezember haben die Verwaltungsbehörden die Einstellung der Tätigkeit der nationaldemokratischen Partei in Kattowitz, Chorzow (Königshütte), im Kreise Schwientochlowitz und verschiedenen anderen Orten der Wojewodschaft Schlesien verfügt. Begründet wurde die Schließung der dortigen endekischen Ortsgruppen mit deren „die Ruhe, Sicherheit und Ordnung gefährdenden verbrecherischen Tätigkeit". Gemeint wurde hiermit wohl u. a. der vor einiger Zeit erfolgte Sprengstoffanschlag auf die Kattowitzer Synagoge, bei dem Materialschaden angerichtet und zwei Kinder verletzt wurden. — Ob sich in diesem Vorgehen der Regierungsstellen gegen die nationaldemokratische Partei ein schärferer Kampf gegen die Opposition ankündigt, oder ob es sich hier nur um Einzelaktionen handelt, die sich aus den örtlichen Verhältnissen ergaben, läßt sich nicht sagen. Im allgemeinen ist die Regierung für ein scharfes Vorgehen z. Zt. nicht zu haben. Nur die Oberstengruppe tritt für drastische Maßnahmen ein. Sie fordert die Auflösung der nationaldemokratischen Partei und neigt darüber hinaus zur Aufhebung aller Parteien, denen sie nach der Selbstauflösung des Regierungsblocks die Daseinsberechtigung abspricht.

Erschwerung der Ausreise aus Polen

Der polnische Innenminister hat die ihm unterstellten Verwaltungsbehörden angewiesen, in Zukunft kostenlose Auslandspässe grundsätzlich zu verweigern, soweit nicht eine besondere Genehmigung des Innenministeriums vorliegt. Auch die Erteilung von ermäßigten Auslandspässen wird in Zukunft von der Vorlegung besonderer Dokumente abhängig gemacht werden, die die tatsächliche Notwendigkeit der Ausreise nachweisen. Darüber hinaus wird die Zahl der zu normalen Gebühren erteilten Auslandspässe auf ein Mindestmaß eingeschränkt. Auch solche Pässe werden nur noch bei Nachweis der Notwendigkeit der Ausreise erteilt. Als Kriterium der Notwendigkeit gilt das Attest eines amtlichen Arztes, der einen Kuraufenthalt im Ausland verordnet, die Bescheinigung eines Konsulats, das die Dringlichkeit einer kurzfristigen Reise zu ständig im Ausland lebenden Angehörigen nachweist, eine Bescheinigung darüber, daß eine Reise ins Ausland in Vermögens-, Erbschafts- oder sonstigen wichtigen Familienangelegenheiten erforderlich ist usw. Der Wunsch, einen Angehörigen auf Dienstreisen im Ausland zu begleiten, der Wunsch, eine Ausstellung, einen Kongreß oder eine Tagung im Ausland zu besuchen, gelten nicht mehr als ausreichende Begründung für die Ausstellung eines Auslandspasses. Die bisher geltenden Erleichterungen für Schriftsteller und Journalisten werden aufgehoben; auch für solche Personen gelten von jetzt ab die allgemeinen Bestimmungen, soweit nicht in einzelnen Fällen die Ausreise als allgemeinpolitischen und gesellschaftlichen Gründen als wünschenswert angesehen wird. Besondere Bestimmungen gelten für Aerzte. Für Juden, die nach Palästina auswandern wollen, werden noch besondere Bestimmungen erlassen werden. Diese neuen Verfügungen schränken die Möglichkeit von Auslandsreisen ganz beträchtlich ein. Die Hoffnung auf Erleichterungen durch Herabsetzung der unerschwinglichen Paßgebühren müssen bis auf weiteres begraben werden.

Ruhe an der Olsagrenze

Der polnisch-tschechische Streit um die Behandlung der Polen im Teschener Schlesien scheint unter der Hand beigelegt worden zu sein. Aeußerlich ist das darin zum Ausdruck gekommen, daß die Warschauer Regierung einen neuen Generalkonsul für Mährisch-Ostrau in der Person des bisherigen Gesandtschaftsrates von der Prager Gesandtschaft, Zygmunt Hladki, ernannt hat. Auf den seinerzeitigen Vorschlag der tschechischen Regierung, den Konflikt einem internationalen Schiedsgericht zu unterbreiten, scheint die Warschauer Regierung nicht eingegangen zu sein. Die Note, die sie in Beantwortung dieses Vorschlages nach Prag geschickt hatte, ist nicht veröffentlicht worden. Doch hat der Inhalt der Note offensichtlich dazu geführt, daß die Beziehungen zwischen Polen und der Tschechei wenigstens in

der Teschener Frage wieder in ein ruhigeres Fahrwasser gleiten. Ob Warschau von sich aus auf eine weitere Verfolgung der Angelegenheit verzichtet oder ob Prag ausreichende Zusagen gemacht hat, ist nicht bekannt.

Der deutsche Genossenschaftsverband in Galizien

Die Telegraphenagentur „Iskra“ hatte vor kurzem die Nachricht verbreitet, daß sich der „Verband deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften in Kleinpolen“ aufgelöst habe. Gegen diese Meldung wandte sich das Lemberger „Ostdeutsche Volksblatt“ mit einer Richtigstellung, in der es u. a. heißt: „Der Verband deutscher landwirtschaftlicher Genossenschaften in Kleinpolen wird nicht aufgelöst. Er besteht nach wie vor, und der Stand seiner Mitglieder hat sich durch den Beitritt einer bisher dem Posener Revisionsverbande angehörigen Handelsgenossenschaft, sowie dreier Kreditgenossenschaften des nichtbestätigten Lodzer Verbandes von 78 auf 82 erhöht. Ein weiterer Zuwachs steht durch die erfolgte Gründung der Handelsgenossenschaften in Nowesiolo und Bryszcze bevor. Der Verband übt weiter das Patronatsrecht über die deutschen Genossenschaften in Kleinpolen (Galizien), Wolhynien und dem Wojewodschaftsbereich Lublin aus und ist wie bisher berechtigt, in seinem vorerwähnten Tätigkeitsbereich Genossenschaften zu gründen. Für seine Mitgliedsgenossenschaften bleiben die „Genossenschaftsbank Lwow“ (Lemberg) als Geldzentrale, die „Landwirtschaftliche Hauptgenossenschaft“ als Warenzentrale und das „Ostdeutsche Volksblatt“ (Lemberg) als Verlautbarungsorgan zuständig. Der Verband hat wohl das Revisionsrecht verloren, von welchem Rechte eine Reihe lebenswichtiger Begünstigungen für seine Mitgliedsgenossenschaften abhängt. Um die Existenz dieser Genossenschaften nicht zu gefährden, hat sich der Verband mit all seinen Mitgliedern aus wirtschaftlichen Gründen dem ‚Allgemeinen Polnischen Revisionsverbande‘ („Zwiadek Spoldzielni Rolniczych i Zarabkowo-Gospodarczych Rzeczypospoltej Polskiej“) zwecks Revision unterstellt, wobei ihm seine bisherige autonome Verwaltung erhalten bleibt.“ In der Richtigstellung wird weiter hervorgehoben, daß sich der polnische Revisionsverband bei der Durchführung der gesetzlichen Revisionen deutscher Revisoren bedient, die er sich von dem deutschen Verbande vorschlagen läßt.

Der Befehl „von oben“

In der ehemaligen Bismarckhütte, die heute Bathoryhütte heißt, ist es ein seit vielen Jahren geübter Brauch, daß die erwerbslos gewordenen Arbeitskameraden der Hütte zu Weihnachten ein Geschenk erhalten. Die Mittel hierzu werden von der Belegschaft aufgebracht. Auch in diesem Jahre sind wieder 19 000 Zloty gesammelt worden, und die Hüttenleitung hat noch weitere 2000 Zloty gestiftet. Früher wurden aus den so aufgebrachten Mitteln unterschiedslos alle erwerbslos gewordenen Belegschaftsmitglieder bedacht. In diesem Jahre sind jedoch diejenigen leer ausgegangen, die sich zum deutschen Volkstum bekennen und ihre Kinder in die deutsche Schule schicken. Als einige frühere Arbeiter der Hütte nach dem Grund dieser unkameradschaftlichen Maßnahme beim Betriebsrat anfragten, gab man ihnen dort die Auskunft, daß es sich um einen Befehl „von oben“ handle. Den Arbeitern der Hütte wird also „von oben“ vorgeschrieben, an wen sie die von ihnen selbst freiwillig aufgebrachten Mittel zu verteilen haben.

Die „provozierenden“ Soldatengräber

In der Umgebung Soldaus befinden sich zahlreiche deutsche Soldatengräber, die aus den Oktober- und Novemberkämpfen 1914 stammen. U. a. befand sich auf dem Besitztum des Polen Wiencek, das nahe an der Straße Soldau—Niederhof liegt, die Ruhestätte von 46 Gefallenen des Landwehr-Infanterie-Regiments Nr. 21. In einem Säulentempel war dort neben den Namen der beigesetzten Soldaten eine Tafel mit folgender Inschrift angebracht: „Der König rief zum Kampf fürs Vaterland. Lest hier am Stein, ob er bereit uns fand.“ Wie die Bromberger „Deutsche Rundschau“ nun meldete, erschien dort vor einigen Wochen eine Kommission, unter deren Mitgliedern sich auch ein Vertreter der Wojewodschaftsverwaltung befunden haben soll, um über die Entfernung der Grabstätte zu beschließen. Einige Tage nach dem Besuch wurden die Gebeine auf einen benachbarten Friedhof umgebettet. Die Tafeln wurden entfernt; sie sollen in die Soldauer Gasanstalt gebracht worden sein. Nach den Mitteilungen des deutschen Vorbesitzers des Grundstücks hatte die Behörde seinerzeit für die Ruhestätte einen Betrag von 900 Mark ausgeworfen und den Besitzer verpflichtet, die Zugänge zu dem Tempel freizuhalten und das Land in einem gewissen engen Umkreis um die Grabstätte nicht zu beackern. Diese Verpflichtung ist im Grundbuch eingetragen, ruht also auch auf dem gegenwärtigen Besitzer. Was zur Entfernung der deutschen Soldatengräber geführt hat, ist nicht ersichtlich. Es bleibt nur die Erklärung, daß sich der polnische Besitzer oder auch andere polnische „Patrioten“ durch das Vorhandensein der deutschen Grabstätte „provoziert“ fühlten.

Eintritt verboten

Am 5. Dezember sollte, wie alljährlich, im deutschen Kindergarten Kattowitz-Zalenze eine Nikolausfeier stattfinden. 2½ Sunden vor Beginn der Veranstaltung erhielt die Leiterin des Kindergartens von dem zuständigen polnischen Schulinspektor die Mitteilung, daß den Eltern die Teilnahme an der Feier ihrer Kinder verboten sei. Irgendeine Begründung für dieses ebenso lächerliche wie aufreizende Verbot hat der Schulinspektor Kwappa nicht zu geben versucht. Die Eltern mußten also vor der geschlossenen Tür warten, bis die Feier vorüber war und sie ihre Kinder wieder in Empfang nehmen konnten. Der polnische Staat war damit wieder einmal vor dem Untergange gerettet.

Fürst Albrecht Radziwill †

Vor kurzem starb in Warschau im Alter von 50 Jahren Fürst Wilhelm Rafael Nikolaus Anton Albrecht Radziwill. Der Verstorbene war der Mann, den die polnischen Monarchisten seinerzeit für den Thron des zu errichtenden Königreiches Polen ausersehen hatten. Albrecht Radziwill führte u. a. den Titel „Fürst des Heiligen Römischen Reiches“. Er war Majoratsherr auf Nieswiez und auf Klecko, Herr von Cimkowicze, Hresko, Stolowicze und Pociejki. Er wurde in Berlin geboren, war ein Enkel des Fürsten Stanislaus Radziwill, des Generalsadjudanten Kaiser Wilhelms I., heiratete 1910 eine Amerikanerin, von der er sich 1921 scheiden ließ. Die Herrschaft Nieswiez war, bevor ihr durch die Agrarreform 35 000 Hektar genommen wurden, ein riesiger Besitz von 80 000 Hektar. Auf dem Schloß des Fürsten kam vor etwa 9 Jahren die politische Einigung zwischen Pilsudski und dem polnischen Hochadel zustande.

Adam Pilsudski †

Am 16. Dezember starb in Warschau an einer Lungenentzündung der Vizepräsident der Stadt Wilna, Senator Adam Pilsudski, im Alter von 66 Jahren. Der Verstorbene war ein Bruder des Marschalls. Er wurde 1869 in Zulow im Wilnagebiet geboren. 1900 wurde er vom Städtischen Elektrizitätswerk in Wilna als Buchhalter angestellt und rückte allmählich bis zum städtischen Hauptbuchhalter auf. 1915 sollte er als Bruder des Führers der gegen Rußland im Felde stehenden polnischen Legionen ins Innere Rußlands verschleppt werden. Nur der überstürzte Abzug der Russen aus Wilna bewahrte ihn vor diesem Schicksal. Politisch trat Adam Pilsudski wenig hervor. 1934 wurde er zum Vizepräsidenten der Stadt Wilna und bei den letzten Wahlen zum Senator gewählt.

Die polnischen Studenten in Danzig

Die „Gazeta Polska“ berichtete in ihrer Nummer vom 25. November über die Semestereröffnungsfeier der „Bratnia Pomoc“ („Bruderhilfe“) der polnischen Studenten an der Technischen Hochschule in Danzig. An der Feier nahmen außer den polnischen Studenten auch andere Angehörige der polnischen Kolonie sowie Mitglieder der diplomatischen Ver-

tretung Polens in Danzig teil, unter ihnen Minister Papée. Wie das polnische Regierungsblatt schreibt, erfreute sich die „Bruderhilfe" im vergangenen akademischen Jahr der „sehr lebhaften und ergiebigen Unterstützung durch das polnische Kulturministerium", das der Studentenvereinigung einen hohen Zuschuß zu den Semestergebühren und 12 Stipendien bewilligte. Ebenso sorgten die diplomatische Vertretung Polens und die polnische „Gesellschaft der Freunde der akademischen Jugend" für die „Bruderhilfe". Die polnische Studentenschaft in Danzig, die im vergangenen Semester etwa 300 Mitglieder zählte, hat in letzter Zeit ihre Stützpunkte ihrer Arbeit ausgebaut. Die polnische Studentenküche wurde umgebaut und erweitert; die „Gesellschaft der Freunde der akademischen Jugend" errichtete in Tupadel eine Studentenkolonie, in der während der letzten Semesterferien „eine intensive Propaganda für das polnische Meer" durch Vorträge und Ausflüge veranstaltet wurde; außerdem wurden dort allsonntäglich Filme über Polen gezeigt, die „von der örtlichen Bevölkerung stark besucht" worden sein sollen. Die „Bruderhilfe" erhielt, wie es in dem Bericht der „Gazeta Polska" weiter heißt, mehrfach Gruppenbesuche aus Deutschland, Schweden, Dänemark, England, Rumänien und Ungarn. Der Club der polnischen Chemiestudenten veranstaltete seinerseits eine Studienreise durch Polen, die vor allem den chemischen Industriewerken Polens galt; und der Club der polnischen Architekturstudenten unternahm einen Ausflug nach Sowiniec bei Krakau, wo am Pilsudskihügel Erde vom Hof des polnischen Studentenhauses in Langfuhr niedergelegt wurde. Die Zahl der in Danzig studierenden Polen ist im letzten Semester zurückgegangen. Aus diesem Grunde wurde in ganz Polen eine verstärkte Propaganda für das Studium an der Danziger Technischen Hochschule entwickelt, u. a. eine Werbeschrift herausgegeben und ein Preisausschreiben für ein entsprechendes Werbeplakat veranstaltet. Zur Deutschen Studentenschaft unterhält die „Bratnia Pomoc" keine Beziehungen.

Danziger Staatstheater eröffnet

Am 1. Weihnachtsfeiertag wurde mit einem Festakt das Danziger Staatstheater nach einer umfangreichen baulichen Erneuerung und Umänderung seiner Bestimmung übergeben. Die Umgestaltung des Theaters wurde im Jahre 1933 als ein wesentlicher Punkt in das Arbeitsbeschaffungsprogramm der nationalsozialistischen Regierung aufgenommen. Gauleiter Forster nannte in seiner Ansprache, mit der er dem Generalintendanten Merz die Schlüssel des Baues übergab, das neue Theater ein Weihnachtsgeschenk des Führers an die Danziger Deutschen. Der Frage des Danziger Theaterbaus kommt in politischer Hinsicht symptomatische Bedeutung zu Von den Funktionären der oppositionellen Parteien wurde der „geistreiche Witz" in Umlauf gesetzt, das Staatstheater sei das einzige, was „geschlossen hinter der Regierung stehe". Nun, das Theater wurde eröffnet, nicht deshalb, weil die Opposition widerlegt werden sollte, sondern weil der Nationalsozialismus es für notwendig hält, daß Danzig ein Theater erhält, das sich würdig den größten Bühnen Deutschlands anschließt und als Stätte deutscher Kunst über die staatlichen Grenzen hinauswirkt. Es ist zu hoffen, daß auch die deutsche Presse in Polen dem Wirken des Danziger Staatstheaters die ihm gebührende Beachtung zuwendet.

Falsche Gerüchte über Oberpräsident Koch

Im Ausland, vor allem im benachbarten Litauen, gingen in letzter Zeit wilde Gerüchte über den ostpreußischen Oberpräsidenten und Gauleiter Erich Koch um. Diesen Gerüchten ist durch eine amtliche Mitteilung ein Ende gemacht worden. Danach hat Oberpräsident Koch, der wegen eines vorzeitigen Eingriffs in ein schwebendes Disziplinarverfahren vorübergehend beurlaubt war, seine Dienstgeschäfte in vollem Umfang wieder aufgenommen. Er genießt nach wie vor das Vertrauen des Führers und seiner vorgesetzten Behörde. Alle anderen, gegen ihn erhobenen Vorwürfe und in Umlauf gesetzten Gerüchte entbehren jeder Grundlage. Es ist amtlich ausdrücklich darauf aufmerksam gemacht worden, daß eine neuerliche Verbreitung derartiger Gerüchte auf Grund der entsprechenden Gesetze geahndet wird. Besonders dreist sind in der Erfindung von „Neuigkeiten" über den Oberpräsidenten Koch die Litauer gewesen. Der litauische Rundfunk verbreitete sogar die Nachricht, daß der Oberpräsident erschossen worden sei. (Uebrigens sollte nach Mitteilung des litauischen Rundfunks auch der Leiter des Bundes Deutscher Osten, Pg. Prof. Dr. Oberländer, erschossen worden sein.) Hier ist bei den verantwortlichen Stellen Litauens allzu offensichtlich der Wunsch der Vater des Gedankens gewesen. Auch hat auf litauischer Seite bei der geflissentlichen Verbreitung derartiger Lügen- und Greuelmeldungen der Wunsch mitgespielt, Unruhe und Unsicherheit in die Reihen der deutschen Memelländer zu tragen. Lügen haben kurze Beine.

Bücher über den Osten

Neue Ortsnamen in Ostpreußen seit 1800. Von Dr. Fritz Gause. Kommissionsverlag Gräfe und Unzer, Königsberg i. Pr., 1935. 120 Seiten. Preis 3,50 RM. — Dieses Ortsnamenverzeichnis ist als Heft 6 der Einzelschriften der Historischen Kommission für ost- und westpreußische Landesgeschichte erschienen. Es enthält alle Veränderungen im Ortsnamenbestand der Provinz Ostpreußen in ihrem früheren Umfang, also einschließlich des Memelgebietes und des Soldauer Ländchens, aber ohne den Regierungsbezirk Westpreußen. Verzeichnet sind nicht nur alle seit dem Anfang des vergangenen Jahrhunderts neu hinzugekommenen Ortsbezeichnungen, sondern auch alle Umbenennungen. Wertvolle Dienste leistet das Verzeichnis zunächst den wissenschaftlichen Forschern. Aber nicht diesen allein. Auch den zahllosen Ostpreußen, die heute, sei aus Neigung, sei es aus beruflicher Notwendigkeit, ihren Ahnen nachforschen, ist dieses Verzeichnis eine nützliche Hilfe. Aus diesem wissenschaftlichen und praktischen Bedürfnis heraus ist es entstanden. Dr. K.

Das Buch vom deutschen Volkstum. Herausgegeben von Paul Gauß. A. Brockhaus Verlag, Leipzig 1935. 426 S., mit 136 Karten, 1065 Abbildungen und 17 Uebersichten. — „Wesen — Lebensraum — Schicksal". das ist der Leitgedanke dieses wahrhaft deutschen Buches. Die Geltung unseres Volkstums in der Welt, insonderheit in Mitteleuropa, seine Staats-, Sprach- und Kulturgrenzen, seine Rassen und Stämme, seine ungeheure geschichtliche Leistung werden in einer Reihe von Untersuchungen dargelegt. Erfreulich, daß der Osten sehr stark herausgestellt worden ist! Die Bedeutung der Provinz Ostpreußen wird eindringlich charakterisiert; ohne dieses Stück deutschen Volksbodens würde die Grenze Europas statt am Peipussee vielleicht an der Oder verlaufen. Dagegen schließt die Schilderung der Verhältnisse im Memelland mit der Erwähnung der Autonomie von 1924 und sagt nur, es habe „die memelländische Bevölkerung von Anfang an schwer um ihre Durchführung kämpfen müssen". Angesichts des länger als ein Jahrzehnt währenden, jeder Autonomie Hohn sprechenden Terrors wäre eine Kennzeichnung der litauischen Vertragsbrüche und des tapferen Ringens der Memelländer am Platze gewesen. Dagegen sind die machtpolitischen Maßnahmen der Polen in unserer alten Ostmark, wenn auch nur in Andeutungen, so doch in sachlich-klarer Form geschildert worden. Die ausgezeichnete Bebilderung ist sehr zu rühmen, und was an jener einen Stelle vermißt wird, kann bei einer Neuauflage nachgeholt werden. Dr. L.

Deutsche Vor- und Frühgeschichte in Bildern. Von Carl Schuchhardt. München und Berlin 1936, Verlag R. Oldenbourg. XII S. und 80 Tafeln. — Ein „Bilderbuch" von 338 Bildern und mit allerknappstem Text, der sich auf ein paar Seiten und die erläuternden Unterschriften beschränkt, von einer Anschaulichkeit, die mehr sagt als viele Worte! Hervorragend die Einleitung: „Wie aus Germanien Deutschland wurde"! Seit geraumer Zeit tritt — erfreulicherweise — die Archäologie des deutschen Ostens in den Vordergrund nicht nur des Interesses, sondern auch der Fassung, und dieser Tatsache hat Schuchhardt, dessen ausgezeichnete „Vorgeschichte von Deutschland" wir seinerzeit im „Ostland" besprochen haben, in vollem Maße Rechnung getragen. Im Osten berühren sich Vor- und Frühgeschichte mit der geschichtlichen Epoche auf engste; insbesondere hat die Wikingerzeit unserer Küstenlandschaft das Gepräge gegeben. Dies alles tritt eindrucksvoll hervor, und auch der Nicht-Ostdeutsche wird die Ueberzeugung gewinnen, daß unsere lange vernachlässigte Heimat ein untrennbarer Teil des großgermanischen Kulturraums gewesen ist; auch wird er, vielleicht mit Staunen, den Reichtum der ostdeutschen Museen, aus denen Schuchhardt zahlreiche Fundstücke veröffentlicht hat, zur Kenntnis nehmen. Dr. L.

Singende Ostmark. 60 Lieder ostmärkischer Schriftsteller. Herausgegeben vom Bund Deutscher Osten. Verlag Deutscher Osten, Küstrin-Neudamm, 1935. 84 Seiten. Preis broschiert 1,— RM. — Diese Lieder sind aus einem Preisausschreiben der Landesgruppe Ostmark des BDO hervorgegangen. Die meisten von ihnen waren bisher noch nicht veröffentlicht worden. Einige haben in Vertonung schon Eingang in weitere Kreise gefunden. Gegenstand der Lieder ist immer die Heimat. Ihr Erlebnis hat die Verse geformt, und ihr gelten die Worte der 24 ostmärkischen Dichter, die in dieser Sammlung vertreten sind: „Und wärst du Felsen nur und Sand, Und gäbst du mir nur trocknes Brot, Und wär' auch schmucklos dein Gewand — Ich teilte mit dir jede Not Und teilte mit dir jedes Leid." Dr. K.

Gott stellt den Zeiger. Das Schicksal eines Volkes. Gedichte von Friedrich Jaksch. Paul Kupfer Verlag, Breslau, 1935. 45 Seiten. Preis kartoniert 0,80 RM. — In Bildern und Gleichnissen leben diese Gedichte die Not der Deutschen der Sudetenländer nach. „Das ist das Furchtbare: Wenn einer der Jungen mit den Augen fragt: ‚Was soll ich tun?' antworten müssen: ‚Nichts — nur dableiben!'" Aber auch der Glaube daran, daß diese Not gottgewollt ist und einmal doch zur Freiheit führt, ist in diesen sudetendeutschen Gedichten lebendig: „Das Volk ist ewig. Das Volk kann warten. Gott stellt den Zeiger!" Dr. K.

Deutsches Volk in 15 Staaten. Von Dr. Dr. Friedrich Lange. Reclams Universal-Bibliothek Nr. 7303. 77 Seiten. Preis geheftet 0,35 RM, gebunden 0,75 RM. — In mehr als 120 Grenzlandfahrten hat der Verfasser das Deutschtum studiert und erlebt, das in näherer oder weiterer Entfernung rings um den Kernblock des Reiches in 15 Staaten siedelt. Kurz und packend sind die Schilderungen, die er von ihm gibt, in wenigen Strichen seine Entwicklung nachzeichnend und seine gegenwärtige Lage charakterisierend. Für die volksdeutsche Schulung ist die kleine Schrift sehr geeignet. Dr. K.

Bibliographisches Handbuch des Auslanddeutschtums. Herausgegeben vom Deutschen Ausland-Institut in Stuttgart. Lieferung V. Verlag Grenze und Ausland, Berlin und Stuttgart, 1935. 70 Seiten. Preis 2,50 RM. — Diese Bibliographie gibt einen Ueberblick über die wichtigeren Veröffentlichungen über das Deutschtum außerhalb der Reichsgrenzen und Deutsch-Oesterreichs. Die vorliegende 5. Lieferung umfaßt in rund 1200 Titeln das Deutschtum im alten Rußland und in der Sowjetunion, in Finnland, Schweden, Norwegen und Island, in Großbritannien und Irland, in Frankreich und Elsaß-Lothringen, in Italien und Südtirol, in Spanien, Portugal, Griechenland, Albanien und Bulgarien. Das Handbuch erweist sich für die an den Fragen des Auslanddeutschtums Interessierten als ein unersetzlicher Helfer. Dr. K.

Zitatenschatz der Weltliteratur. Von Richard Zoozmann. Neu bearbeitet von Karl Quenzel. 60.—64. Tausend. Hesse und Becker Verlag, Leipzig. 950 Spalten. In Leinen gebunden 4,80 RM. — Die erste Auflage des Zoozmannschen Zitatenschatzes erschien im Jahre 1910. Diese nach Schlagwörtern geordnete Sammlung von Zitaten, Sentenzen, geflügelten Worten, Epigrammen und Sprichwörtern ist seitdem zu einem festen Begriff geworden. In der neuen Auflage sind viele überflüssige Zitate entfernt, manche Fehler und Versehen ausgemerzt und viele neue Zitate aus der neueren Literatur aufgenommen worden. So ist der Zoozmann in seiner neuen Gestalt wieder ein zuverlässiges Nachschlagewerk für alle, die nach Wortlaut und Herkunft geflügelter Worte usw. suchen. „Eine gute Sentenz", sagt Nietzsche, „ist zu hart für den Zahn der Zeit . . ., sie ist das Unvergängliche inmitten des Wechselnden, die Speise, welche immer geschätzt bleibt wie das Salz und niemals wie selbst dieses, dumm wird." Dr. K.

Das Geschlecht Milbradt (Milbrandt, Milbrath, Mildebrath, Milbrod, Mühlbrecht, Mühlbradt). Von Dr. Max Mühlbradt, Landsberg (Warthe), Zechower Str. 46. In dem im Selbstverlag des Verfassers erschienenen Buch ist alles zusammengetragen, was bisher über das um 1650 ins Posensche eingewanderte Geschlecht Milbradt festgestellt werden konnte. Es enthält eine Reihe Abschriften alter Urkunden aus der Zeit des altpolnischen Reiches, Mitteilungen über Wappen, Namen und Herkunft des Geschlechtes (bis etwa 1200 zurück). Sodann bringt es die Ahnentafel des weit verbreiteten Geschlechtes. In diesem Jahre soll noch ein größerer Nachtrag erscheinen. Hierzu erbittet der Verfasser von den Sippenmitgliedern, Namensträgern und sonstigen Interessenten das ihnen bekannte Material über das Geschlecht Milbradt. Der Preis des Buches beträgt 16,— RM.

Kleinkrieg. Geschichtliche Erfahrungen und künftige Möglichkeiten. Von Arthur Ehrhardt. Ludwig Voggenreiter-Verlag, Potsdam 1935. 112 Seiten. Pappband 1,80 RM. — Der Kampf in starren Fronten war schon während der letzten Phasen des Weltkrieges überwunden. Die Kampfhandlungen, die sich nach dem großen Kriege im deutschen Osten, im Baltikum, in Rußland, im Fernen Osten und in den Kolonien abspielten, deuten eindringlich darauf hin, daß die Kampfformen des Kleinkrieges in Zukunft eine wesentliche Rolle spielen werden. Ehrhardt gibt Beispiele aus der Kleinkriegführung des 19. und 20. Jahrhunderts und zieht aus den Erfahrungen unter Wertung der technischen und sonstigen Neuerungen die praktischen Schlußfolgerungen für die Zukunft. Der Bandenkrieg in Serbien, die kühnen Unternehmungen der russischen Jagdkommandos im Weltkrieg, die rücksichtslose Kriegsführung der roten Partisanen der bolschewistischen Revolution, das sind Dinge, die jeden zum Nachdenken veranlassen müssen und die es bedauerlich erscheinen lassen, daß sich die Fachliteratur noch so wenig mit den Fragen und Möglichkeiten des Kleinkrieges befaßt hat. Ehrhardts Schrift ist ungemein spannend durch den Gegenstand, den sie betrifft, und durch die Art, in der sie diesen Gegenstand angreift. Es ist nur zu bedauern, daß die Kämpfe in Oberschlesien, in Posen und im Baltikum nicht in den Rahmen der Betrachtung miteinbegriffen worden sind. Dr. K.

HJ erlebt Deutschland. Herausgegeben vom Gebiet 16 (Sachsen) der Hitlerjugend. Verlag B. G. Teubner, Leipzig-Berlin 1935. 92 Seiten mit vielen Bildern. Preis geb. 2,85 RM. — 50 000 Hitlerjungen des Gebietes Sachsen sind im Jahre 1934 auf Großfahrt gegangen. In Schleswig, im Schwarzwald, in den bayerischen Bergen, in der Bayerischen Ostmark und in Ostpreußen sind sie gewandert und haben sie ihre Lager aufgeschlagen. Das vorliegende Buch soll eine Erinnerung sein für die Jungen, die dabei waren, und zugleich ein Rechenschaftsbericht für die andern. Knapp und frisch erzählen Jungen und Mädel, wie sie Deutschland erlebten, die Landschaft, ihre Menschen und ihre Geschichte. Ueber das Lagerleben berichten sie, über Märsche und Feiern, über Schulung und Spiele und vor allem über eines, das ihren Großfahrten Sinn und Bedeutung gab: das Erlebnis der Kameradschaft deutscher Jugend, die keine Klassen und keine Stände mehr kennt.

Flieger und was sie erlebten. Von Werner von Langsdorff. Verlag von C. Bertelsmann, Gütersloh, 1935. 384 Seiten. — 77 deutsche Luftfahrer erzählen ihre Erlebnisse. Von den wagemutigen Pionieren der Vorkriegszeit, wie Zeppelin, Euring und Käthchen Paulus, bis zu den „Kanonen" der Gegenwart, den Sport-, Verkehrs- und Segelfliegern, kommen sie zu Wort. Jeder erzählt ein Erlebnis, ein heiteres oder ernstes, vom Kampf mit den Elementen, von Erfahrungen bei Prüfung technischer Neuerungen, von Flügen hoch über Ozeanen und fremden Ländern, von Spitzenleistungen und Wettbewerben. Mancher von ihnen ist abgestürzt. Jeder von ihnen ist Vorkämpfer deutscher Luftgeltung. „Es ist nötig, gefährlich zu leben." Diesem Führerwort leben sie nach. Und sie sind damit für die Jugend Vorbild und Ansporn. Das Buch, das Werner von Langsdorff zusammengestellt hat, bringt von jedem der 77 einen Beitrag, der gerade ihn als Flieger besonders charakterisiert. Zahlreiche Bilder sind beigegeben, und im Anhang sind die wichtigsten Lebens- und Leistungsdaten zusammengestellt. Dr. K.

Persönliches

Verheiratet: Ernst Kurbjuweit, Küstrin, mit Brunhild Tepper, Luckenwalde, am 14. 12. 35.

Gestorben: Franz Zorger, früher Thorn, am 23. 12. 35 in Berlin, Alter 85 Jahre.

Am 21. 12. 1935 entschlief sanft nach kurzer Krankheit mein lieber Mann, unser guter, treusorgender Vater, Schwiegervater, Großvater, Schwager und Onkel, der Reichsbahningenieur a. D.

Alexander Schleuder

im fast vollendeten 83. Lebensjahre.

In tiefer Trauer:
Marie Schleuder, geb. Krause

Stargard i. Pommern, Preußenweg 8; früher Bromberg